

**die
darmstädter
studentenzeitung**

**12. Jahrgang
Dezember 1964**

technische hochschule darmstadt

1 F 2824 F

73

Zentralstellwerk München Hbf

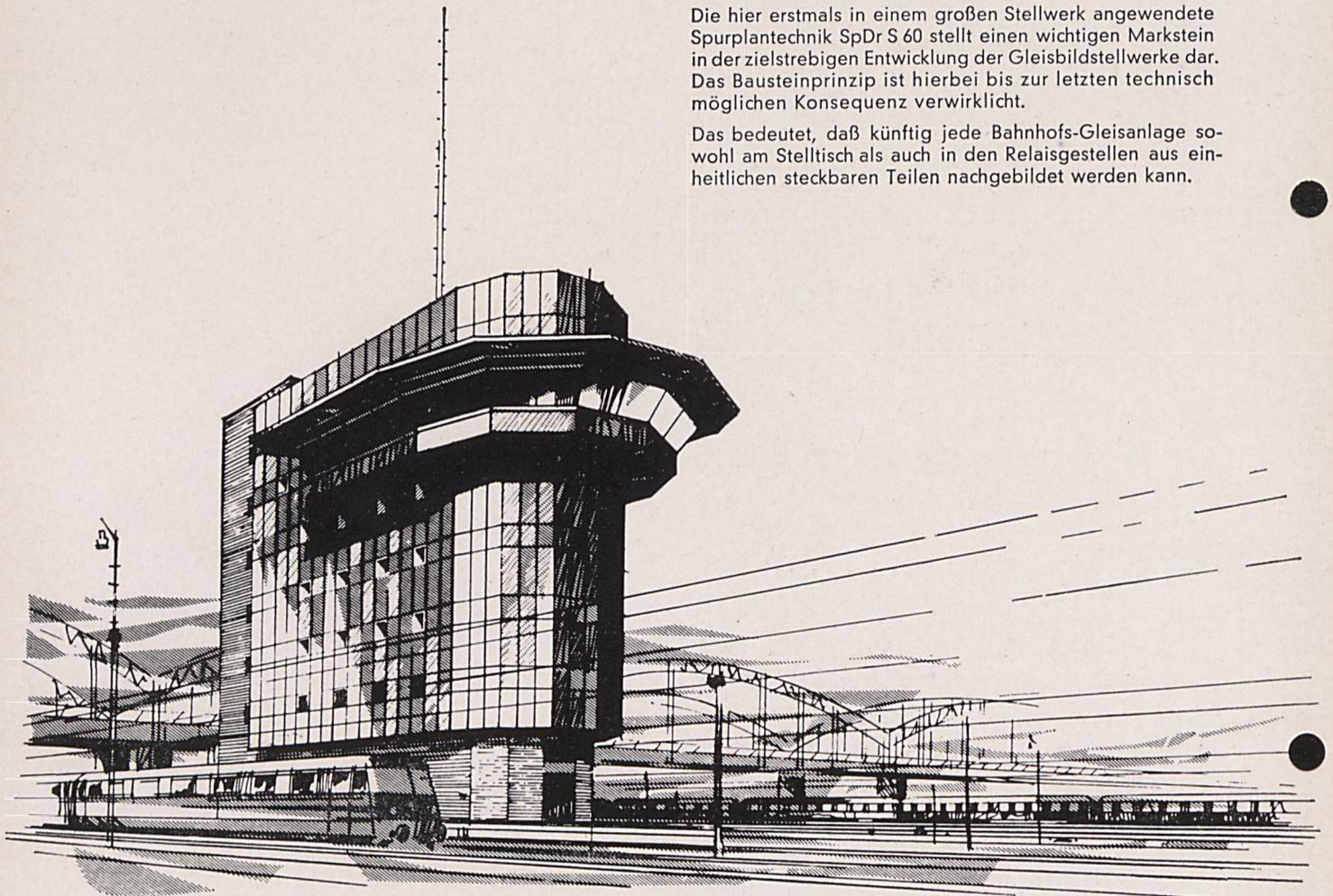
300 Weichen, 400 Signale, 50 000 Signalrelais – 1000 Zug- und 5000 Rangierfahrten täglich . . .

Diese Zahlen zeigen den Umfang des Projekts „Zentralstellwerk München Hbf“.

In enger Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbahn bauten Siemens-Ingenieure eine Großanlage der Eisenbahnsignaltechnik, mit der sich der Betriebsablauf sicherer und flüssiger abwickeln läßt. Gleichzeitig ergab sich dadurch eine Personaleinsparung von rund 60%.

Die hier erstmals in einem großen Stellwerk angewendete Spurplantechnik SpDr S 60 stellt einen wichtigen Markstein in der zielstrebigem Entwicklung der Gleisbildstellwerke dar. Das Bausteinprinzip ist hierbei bis zur letzten technisch möglichen Konsequenz verwirklicht.

Das bedeutet, daß künftig jede Bahnhofs-Gleisanlage sowohl am Stellisch als auch in den Relaisgestellen aus einheitlichen steckbaren Teilen nachgebildet werden kann.



WS DI

Die Entwicklung geht weiter

auf den konventionellen wie auf den neueren Gebieten der Elektrotechnik. An jeder Entwicklungsphase ist das Haus Siemens maßgeblich beteiligt. Vielseitig wie unser Programm sind die Möglichkeiten für Sie, bei uns die Tätigkeit zu finden, die Ihren Neigungen und Fähigkeiten entspricht.

Im Hause Siemens haben Sie als Diplom-Ingenieur der Fachrichtungen Elektrotechnik, Maschinenbau oder Feinwerktechnik unter zahlreichen Arbeitsgebieten die Wahl. Sie haben bei uns Gelegenheit, sich gründlich einzuarbeiten. Da die Weiterbildung unserer Mitarbeiter vielseitig gefördert wird, bieten sich gute Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten.

Wenn Sie Näheres wissen wollen, schreiben Sie bitte an das Referat für Technischen Nachwuchs (WS) der Siemens & Halske AG, 8000 München 2, Wittelsbacherplatz 2 (Nachrichtentechnik), oder an die Abteilung Technisches Bildungswesen (WS) der Siemens-Schuckertwerke AG, 8520 Erlangen, Werner-von-Siemens-Straße 50 (Starkstromtechnik).

Prospektmaterial aus den Sie interessierenden Gebieten schicken wir Ihnen gern zu.

SIEMENS & HALSKE AKTIENGESELLSCHAFT
SIEMENS-SCHUCKERTWERKE AKTIENGESELLSCHAFT

die darmstädter studentenzeitung

technische hochschule darmstadt

Preis 0,20 DM

INHALT:

Die Darmstädter Studentenschaft	3
Schütte-Interview	7
Rektoratsübergabe	10
Friedemann Berger	15
Förderung	16
Landwirtschaft	17
Gruppenstudium	20

„die darmstädter studentenzeitung“ wird herausgegeben und verlegt von der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt (Körperschaft des öffentlichen Rechts) und erscheint dreimal im Semester während der Vorlesungszeit.

Chefredakteur: Hartmut G. Schütz (verantwortlich).

Redaktion: Hartmut Bauer (pay), Wedig von Bonin (bo), Ralf R. Lavies (la), Eberhard Pahlberg (pah), Falk Rieß (fari), Hellmut Stoltz (sz).

Ständige Mitarbeiter: Hanns-Peter Ekardt (Ek), Klaus Knothe (kn) Berlin.

Verantwortlich für Insertionen: Jan Kettmann, Darmstadt.

Satz und Druck: Druckerei Ph. Reinheimer, Darmstadt.

Gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher wird keine Haftung übernommen.

Abonnement je Halbjahr (einschließlich Versand) 2,— DM.

Anschrift von Verlag und Redaktion: TH Darmstadt, Hochschulstraße 1, Telefon 852517.

Sprechstunden tägl. 13-17h, Westflügel Zwischenstock neben AStA (Z.167).

Bilder:

S. 2 Wolfgang Weyrich, Offenbach.

Beilagenhinweis: Der Gesamtauflage liegen Prospekte der Firma Metallwarenfabrik Wilhelm Dahle, Coburg, und der Firma Tabakfabriken C. F. Vogelsang, Bremen, bei.

Wir empfehlen diese Beilagen Ihrer besonderen Aufmerksamkeit.

Am 24. November las der Ostberliner Lyriker Günter Kunert in der THD aus seinen Werken. Er hatte die Einladung des Kulturreferates der Studentenschaft angenommen und eine befristete Ausreisegenehmigung aus der „DDR“ erhalten.

Dichterlesungen gehören zum Repertoire eines Kulturreferates. Diese Dichterlesung darf als außergewöhnlich bezeichnet werden. Außergewöhnlich aus zwei Gründen: einmal lebt Kunert in Ostberlin und nicht in Köln, München oder Mallorca; andererseits ist sein Werk in der Bundesrepublik wenig bekannt.

Der zurückhaltend gekleidete, schnurrbärtige Lyriker las veröffentlichte und unveröffentlichte Gedichte und kleine Prosa.

Brecht-Schüler zu sein, verpflichtet. Brecht-Epigone zu sein, ist unrühmlich. Daß einige westdeutsche Literaturkritiker mit ihrem Urteil, die Kunert-Lyrik müsse zum Teil als Brecht-Kopie bezeichnet werden, nicht unrecht haben, konnte (leider) bestätigt werden.

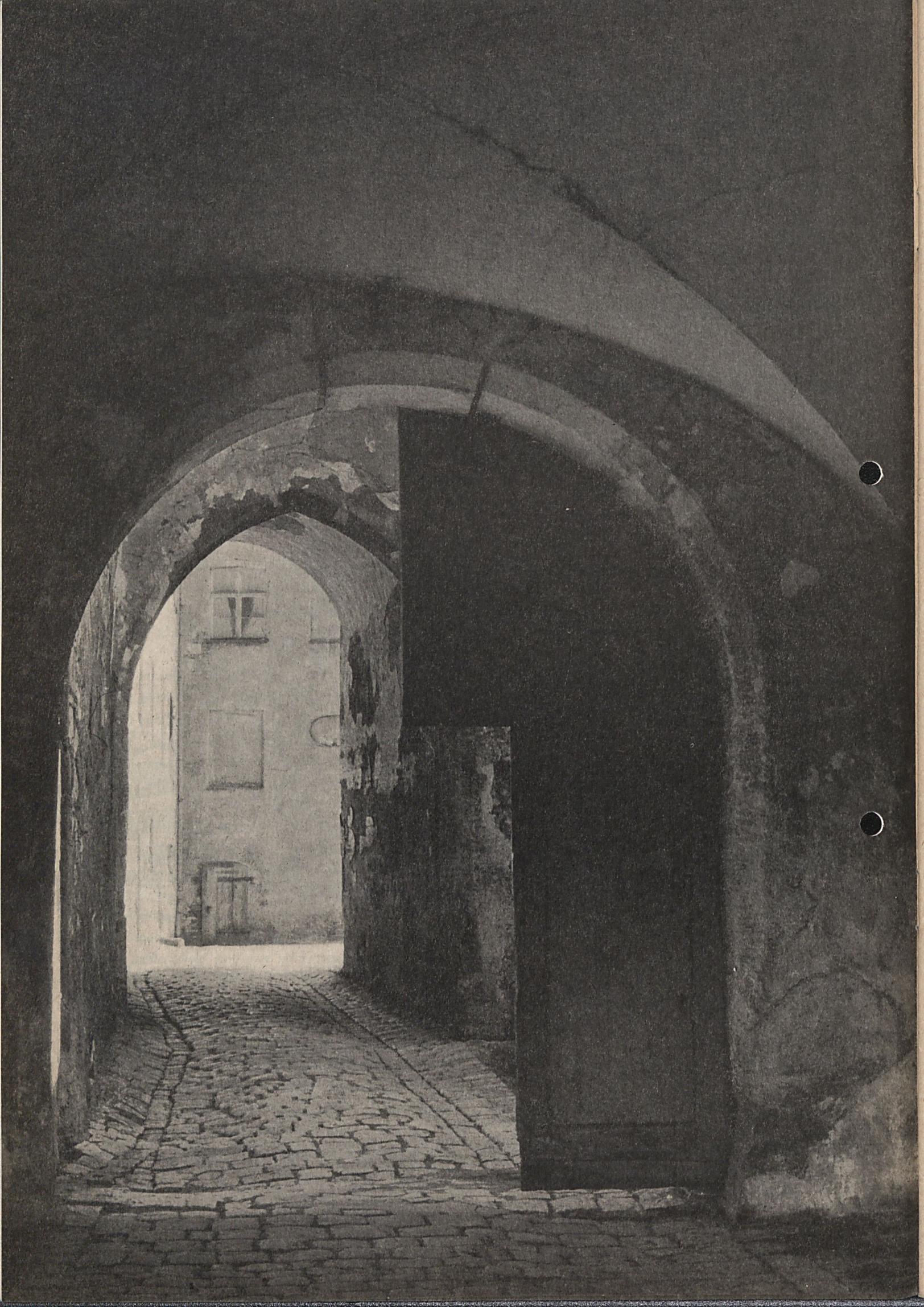
Aber Kunert ist eben nicht nur Lyriker. Er kommt aus Ostberlin. So wurde seine Auswahl der Gedichte und diese selbst von den Zuhörern auch unter politischen Gesichtspunkten aufgenommen. Bemerkenswert war, daß Kunert mit einem Prosa-Stück abschloß, in dem von einer Brandmauer in Berlin mit einem kleinen Fenster die Rede war.

Kunert lebt und schreibt in Ostberlin. Er lebt und schreibt also in dem Teil Deutschlands, in dem gerade der Schriftsteller kein Eremitendasein führen kann, in dem er Partei zu nehmen gezwungen ist.

Kunert entzog sich hier einer Diskussion über seinen politischen Standort. Wir hätten eine Diskussion begrüßt. Warum diese Diskussion nicht stattfand, bleibt offen. Ist es, weil er dazu nicht befähigt ist, weil er nicht möchte oder darf? Oder hatte er Angst, die ersten Beziehungen zu literaturinteressierten Studenten in Darmstadt durch eine eigene, offene Stellungnahme zu gefährden?

Eine Stellungnahme – auch wenn sie uns nicht gefallen hätte – wäre uns lieber gewesen. Und sie hätte der Vorstellung mancher Kommilitonen von der Beziehung von Schriftsteller und Gesellschaft in jedem Staat besser entsprochen als sein Schweigen.

Ralf R. Lavies



Die Darmstädter Studentenschaft

Klaus Knothe

Entstehung und Gültigkeit der Rechtsform

Die Studentenschaften der Technischen Hochschule Darmstadt und der Universität Gießen besitzen als einzige Studentenschaften in Deutschland die Rechtsform einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Im vorliegenden Artikel wird dargelegt, wie es zu der umstrittenen Rechtsform der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt kam. An die historischen Betrachtungen schließen sich einige Überlegungen dazu an, ob die zur Körperschaft des öffentlichen Rechts erklärte Darmstädter Studentenschaft als eine juristische Person des öffentlichen Rechts anzusehen sei.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Es wird hier nur die Frage nach der geschichtlichen Entwicklung und der derzeitigen Rechtmäßigkeit des Körperschaftscharakters der Darmstädter Studentenschaft gestellt, nicht aber, ob es auch sinnvoll sei, einen solchen Status beizubehalten. Bei der zweiten Frage handelt es sich nicht vorrangig um ein juristisches, sondern um ein politisches Problem. Nur im Feld der hochschulpolitischen Auseinandersetzungen in Hessen kann die Frage beantwortet werden, ob es zweckmäßig ist, eine derartig einschneidende rechtliche Trennung zwischen der Körperschaft Hochschule und der Studentenschaft vorzunehmen. Für diese Diskussion soll der folgende Artikel Material liefern.

Die nachstehenden Ausführungen wurden vor mehr als einem Jahr entworfen. Sie erhalten Aktualität durch die Tatsache, daß der hessische Kultusminister in einem Diskussionsentwurf zur Neugestaltung des hessischen Hochschulrechts gegen den Widerstand eines Teils der Professorenschaft für die Studentenschaft die Rechtsform einer Körperschaft des öffentlichen Rechts vorsieht.

Entstehung

Eine in ähnlicher Weise wie heute organisierte Studentenschaft besteht in Darmstadt seit Ende des 1. Weltkrieges. Zwischen 1900 und 1914 kam es noch zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen korporierten und nicht-korporierten Studenten. Nach Ende des Krieges einigten sich die Vertreter der freien und korporierten Studenten jedoch, eine allgemeine Studentenvertretung zu schaffen. Am 15. Januar 1919 wurde eine Verfassungskommision in allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Auf je 40 Studenten entfiel ein Vertrauensmann. Die Vertrauensmännerkommission beauftragte einen Herrn cand. ing. Franz Moller mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes. Der Entwurf, der später ohne wesentliche Änderungen angenommen wurde, sah die Wahl einer parlamentarischen Vertretung in direkter, gleicher und geheimer Listenwahl vor. Die Vertretung war die Legislative der Studentenschaft, von ihr wurde der Ausschuß, das Exekutivorgan, gewählt.

Bereits im ersten Entwurf der Verfassung heißt es im 1. Abschnitt (Studentische Nachrichten, 7. Jahrgang, 1919, Heft 10/11):

„1. Die Studentenschaft der Technischen Hochschule zu Darmstadt bildet nach dieser Verordnung eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, deren Belange eine von der Studentenschaft zu wählende Vertretung wahrzunehmen hat.“

Der Entwurf läßt keinen Zweifel daran, daß hiermit der Studentenschaft Rechtscharakter verliehen werden soll. In einer Anmerkung zu dem Entwurf liest man:

„Die Eigenschaft einer juristischen Person ist schon wegen des Vermögens (Bismarckturm, Bücherei, Zeitung) nötig.“

Die Satzung wurde mit dem die Rechtsform feststellenden ersten Abschnitt am 21. Februar 1919 von der Studentenschaft in einer Allgemeinen Studentenversammlung und am gleichen Tag vom Senat gebilligt und dem Hessischen Gesamtministerium zur Genehmigung vorgelegt. Diese Genehmigung erfolgte, will man einer entsprechenden Notiz bei SEIDEL (7) Glauben schenken, bereits am 22. März 1919. In den 'Studentischen Nachrichten', der Studentenzeitung der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt, wird die Genehmigung durch das Ministerium bei Beginn des Wintersemesters 1919/20 bestätigt. Im Rahmen eines Berichtes über die „nach eingehender Beratung von Senat und Ministerium genehmigte Satzung“ steht dort (Studentische Nachrichten, 8. Jahrgang, 1919, Heft 9):

„Die Studentenschaft ist demnach Körperschaft des öffentlichen Rechts mit den Eigenschaften einer juristischen Person.“

Zweifel über die rechtliche Haltbarkeit dieser Aussage dürften spätestens 1920 behoben sein. Im Hessischen Regierungsblatt von 1920 (Nr. 29, S. 359) wurde eine ‚Verordnung, die Verfassung der Technischen Hochschule Darmstadt vom 28. Dezember 1920 betreffend‘ verkündet. Sie umfaßt eine einzige Änderung:

„Der § 6 der Verfassung der Technischen Hochschule zu Darmstadt (Reg. Blatt Nr. 3 von 1895) erhält mit Ermächtigung des Gesamtministeriums vom 3. Dezember 1920 folgenden Zusatz (4. Absatz): Die Studentenschaft ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit eigener, einen Teil dieser Bestimmung bildenden Verfassung, die durch das Landesamt für das Bildungswesen festzusetzen ist.“

Das Land Hessen hatte somit als einziges deutsches Hochschulland neben der staatlichen Anerkennung der Darmstädter Studentenschaft diese zugleich zu einer

Körperschaft des öffentlichen Rechts erklärt und ihr damit den Status einer juristischen Person verliehen. Ausgehend von der Feststellung, daß der zweiten Hochschule in Hessen, der Landesuniversität Gießen, diese Ausnahmestellung in den Jahren 1919/20 nicht zugebilligt wurde (die genehmigten Satzungen der Studentenschaft der Universität Gießen enthielten keine Erklärung zur Körperschaft des öffentlichen Rechts oder zur juristischen Person), begründet CONTI (2) diese Tatsache wie folgt:

„Historisch ist die ausdrückliche Erklärung der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt zur Körperschaft des öffentlichen Rechts und zur juristischen Person im Jahre 1920 als eine Anerkennung des hessischen Staates für den der hessischen Landesregierung in Darmstadt während der kommunistischen Aufrührerkämpfe im Jahre 1919 durch die studentischen Zeitfreiwilligen und technischen Nothelfer gewährten Schutz aufzufassen.“

Dieser Argumentation muß mit beträchtlichen Zweifeln begegnet werden. Ihr widerspricht eindeutig die Erklärung von SEIDEL (7), daß die Verfassung der Studentenschaft bereits im März 1919 genehmigt wurde und daß die hessische Landesregierung durchaus bereit gewesen wäre, bei einem entsprechenden Ersuchen der Studentenschaft der Landesuniversität Gießen dieser ebenfalls Körperschaftscharakter zu verleihen. Zum anderen ist auffällig, daß in keiner Nummer der im Jahre 1919 bereits wieder regelmäßig erscheinenden „Studentischen Nachrichten“ ein Hinweis auf diese Zusammenhänge oder auf den Einsatz studentischer Zeitfreiwilliger bei kommunistischen Aufrührerkämpfen in Hessen zu ersehen ist.

Im Jahre 1926 wurde die Verfassung aus dem Jahre 1895 (und damit der die Studentenschaft als Körperschaft begründende Paragraph) außer Kraft gesetzt und eine neue Verfassung verkündet. In ihr heißt es wiederum (Hessisches Regierungsblatt 1927, Nr. 2, Seite 17ff):

„Verfassung der Technischen Hochschule Darmstadt vom 21. Dezember 1926.

5. Die Studentenschaft ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit eigener, einen Teil dieser Bestimmung bildenden Verfassung, die durch die Senate und das Landesamt für das Bildungswesen zu genehmigen ist.“

Am 6. Dezember wurde den preußischen Studentenschaften durch Kultusminister Becker die Anerkennung als Zwangsverband und als Vertretung aller Studenten entzogen. Die Vorgänge blieben nicht ohne Nachwirkungen auf die Entwicklung in Hessen, wenn sich auch die Hessische Regierung nicht zu den gleichen Schritten wie in Preußen entschloß. Das Recht der Studentenschaft, Zwangsbeiträge zu erheben (darin bestand der entscheidende Vorteil der staatlichen Anerkennung), blieb bestehen. Im Mai 1928 verfügte das Ministerium jedoch die Sperrung der Darmstädter Beiträge für die Deutsche Studentenschaft, genehmigte allerdings einen Monat später die Abführung der Beiträge an den Kreis VI, der etwa einem der heutigen Landesverbände entsprach. Trotz der zeitweilig gespannten Situation entschloß sich die Mehrheit der Darmstädter Studentenschaft (sowohl auf einer Studentenversammlung als auch auf einer Kammersitzung) gegen die Maßnahmen des Ministeriums nicht zu protestieren. Man war bereit, den großdeutschen Gedanken als Preis für die weitere staatliche Anerkennung vorerst zurückzustellen.

Die Machtübernahme durch den Nationalsozialismus brachte für den Rechtsstatus der Studentenschaft der

Technischen Hochschule Darmstadt keine Änderung. Im Anschluß an das „Reichsgesetz über die Bildung von Studentenschaften an den wissenschaftlichen Hochschulen“ vom 22. April 1933 (R.G.bl. I S. 215) verkündete die Hessische Landesregierung ein „Gesetz über die Bildung von Studentenschaften vom 28. 4. 1933“. Auch hierin hieß es in Absatz 1:

„Die Studentenschaft ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.“

Inhaltlich deckt sich das „Gesetz über die Bildung von Studentenschaften“ weitgehend mit der bereits vor Verabschiedung des Reichsgesetzes über die Bildung von Studentenschaften am 12. April 1933 in Preußen erlassenen „Preußischen Studentenrechtsverordnung“. Aufgrund der weitgehenden wörtlichen Übereinstimmung dieser Verordnung mit dem Hessischen Gesetz (ebenso wie mit den entsprechenden Gesetzen und Verordnungen in den anderen Ländern), geht man wohl nicht fehl in der Annahme, daß die „Preußische Studentenrechtsverordnung“ eine nationalsozialistische Musterverordnung war, der sich die anderen Länder weitgehend anschließen mußten. Auf diese Weise sollte eine einheitliche Struktur der deutschen Studentenschaften erreicht werden. Umso aufschlußreicher ist es, die wenigen Stellen näher zu betrachten, in denen sich das hessische Gesetz über die Bildung von Studentenschaften von der Preußischen Studentenrechtsverordnung unterscheidet. Es handelt sich im wesentlichen um drei Einfügungen. Im I. Abschnitt wird nach dem 1. Absatz ein zweiter eingefügt:

„Die Studentenschaften sind Körperschaften des öffentlichen Rechts.“

Unter Abschnitt II. – Satzungen – heißt es in 4.2.a (Vorschriften zur Satzung, hier: Stellung des Führers):

„Der Führer ist der Vertreter der Studentenschaft nach außen und ihr Vertreter nach bürgerlichem Recht;“

und in 4.6.

(Die Satzung muß Angaben enthalten über) „die Befugnisse der Amtsleiter zur rechtlichen Vertretung der Studentenschaft.“

Die beiden letzten Passagen sind ebenfalls in der Preußischen Studentenrechtsverordnung nicht enthalten.

Nach Kriegsende bestand lange Zeit Unklarheit darüber, ob bzw. inwieweit das „Gesetz über die Bildung von Studentenschaften“ als nationalsozialistisches Rechtgut anzusehen sei. Die Unklarheiten sind durch das „Gesetz zur Bereinigung des Hessischen Landesrechts vom 6. Februar 1963 behoben worden. Das „Gesetz über die Bildung von Studentenschaften“ wurde (mit Ausnahme der eindeutig nationalsozialistischen Paragraphen – Führerprinzip –) in den Katalog der fortgeltenden Gesetze und Verordnungen aufgenommen.

Man muß auf Grund der geschichtlichen Entwicklung annehmen, daß sich die hessische Landesregierung spätestens vom 3. Dezember 1920 an eindeutig auf den Standpunkt gestellt hat, daß die Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist. Die Regierung hat an dieser Rechtsauffassung kontinuierlich festgehalten, obwohl zwischen 1945 und 1960 selbst in der Studentenschaft Zweifel an der Gültigkeit der Rechtsform bestanden.

Die Rechtsform einer Körperschaft des öffentlichen Rechts besitzt in Deutschland außer der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt nur die Studentenschaft der Universität Gießen. Der Rechtsstatus der Giebener Studentenschaft reicht im Gegensatz zu dem der

Darmstädter nur bis in das Jahr 1933 („Gesetz über die Bildung von Studentenschaften“) zurück. Die Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt ist die – außer Gießen – einzige, jedenfalls aber älteste Studentenschaft mit der Rechtsform einer Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Die zeitweise als Kritik geäußerte Ansicht, der derzeitige Rechtsstatus der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt sei ein Ergebnis nationalsozialistischer Rechtsprechung, ist falsch: Es handelt sich bei dem Körperschaftscharakter um ein in der Gründerzeit der Deutschen Studentenschaft erworbenes und durch Jahrzehnte hindurch beibehaltenes Recht. Inwieweit ein derartiger, wertneutraler Rechtscharakter auf die Haltung der Darmstädter Studentenschaft in der Phase der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus einen Einfluß ausgeübt hat, ist heute nicht mehr festzustellen.

Die Beurteilung des Rechtscharakters der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt durch Juristen

Die juristische Fachliteratur der Weimarer Zeit (CONTI [2], BAAK [1], SEIDEL [4], KOTTGEN [5]) sah für die Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt den Charakter einer Körperschaft des öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit als gegeben an. Die Argumentation stützte sich dabei auf die herrschende Lehrmeinung (vgl. WEBER [9]), daß mit der ausdrücklichen Verleihung des Körperschaftscharakters durch den Gesetzgeber eine hinreichende Bedingung für eine eigene Rechtspersönlichkeit gegeben sei.

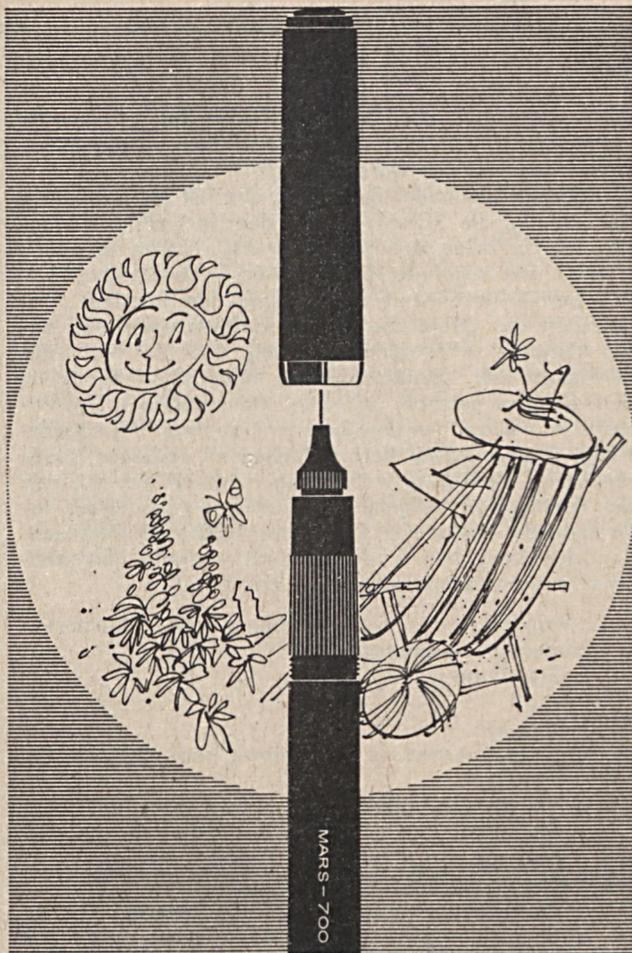
Die bisher einzige Betrachtung der Nachkriegszeit ist bei SCHAPALS [6] enthalten. Da SCHAPALS zu einem anderen Ergebnis kommt, soll seine Argumentation einer genaueren Prüfung unterzogen werden.

SCHAPALS sieht in den bundesdeutschen Studentenschaften, Darmstadt vorerst ausgeklammert, durchweg Verbände des öffentlichen Rechts, die als nichtrechtsfähige Untergliederungen der Körperschaft Hochschule anzusprechen seien. Das gleiche gilt nach ihm für die Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt. Ihr fehle das wesentlichste Attribut der Rechtsfähigkeit, die Vermögensfähigkeit. In § 7, Abs. 4 des „Gesetzes über die Bildung von Studentenschaften“ (1933) stehe ebenso wie in der „Preußischen Studentenrechtsverordnung“:

„Das Vermögen der Studentenschaft bildet ein Sondervermögen, über welches das Verfügungsrecht der Studentenschaft zusteht. Für die Verbindlichkeiten der Studentenschaft haftet nur dieses Sondervermögen.“

Aus diesem Satz zieht SCHAPALS den Schluß, daß die Darmstädter Studentenschaft eine (nichtrechtsfähige) Untergliederung der (rechtsfähigen) Hochschulkörperschaft sei. Diese Argumentation hält einer genaueren Untersuchung kaum stand.

a) Unter den Fachvertretern des öffentlichen Rechts herrscht auch heute noch die Meinung vor, daß die ausdrückliche Verleihung des Körperschaftscharakters eine hinreichende Bedingung für die Existenz einer rechtsfähigen Körperschaft des öffentlichen Rechts sei. Es ist somit verwunderlich, daß die hessische Landesregierung, der diese Rechtsauffassung sicherlich bewußt ist, bei der Bereinigung des hessischen Landrechts im Jahre 1962 an der Formulierung festgehalten hat: „Die Studentenschaft ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts“, obwohl zum damaligen Zeitpunkt weder die Studentenschaft



Ist Ihr Tuschezeichner »urlaubsfest«,

dann schreibt er sogleich und sauber wieder an, auch wenn Sie (oder er!) einmal einige Zeit „außer Dienst“ waren. MARS-Tuschezeichner haben sich als urlaubsfest erwiesen. Das ist jedoch nicht ihre einzige Tugend; ebenso wertvoll — weil wirtschaftlich — ist die

unwahrscheinlich lange Lebensdauer ihrer Zeichenspitzen. Und außerdem: beim MARS 700 wird stets ein kompletter Halter geliefert. Sie können deshalb ohne Aus- und Einschrauben abwechselnd mit verschiedenen Liniendicken arbeiten. Informationsmaterial a. Wunsch.

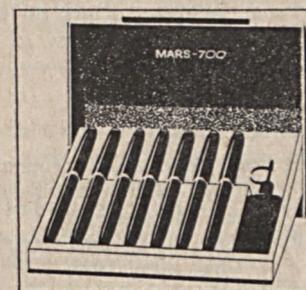
7 Liniendicken
0,2 0,3 0,4 0,5 0,6 0,8 1,0 mm

MARS-700

Tuschezeichner mit leicht auffüllbarem, durchsichtigem Tuschebehälter. Für jede Liniendicke wird ein kompletter Halter geliefert.

MARS-500

Tuschezeichner mit Klip und Kolbenfüllung



STAEDTLER

J. S. STAEDTLER · MARS Bleistift- und Füllschreibgeräte-Fabrik
85 Nürnberg 2, Postfach 2606

1658 e

der Universität Gießen noch der Technischen Hochschule Darmstadt in dahingehender Weise beim Gesetzgeber vorstellig geworden waren.

b) Von entscheidender Bedeutung aber ist die historische Betrachtung, die SCHAPALS bei der Hochschule anwendet, um für diese den Körperschaftscharakter zu untermauern. Die Väter der Darmstädter Studentenschaft haben bereits im Entwurf der Satzung den Terminus Körperschaft des öffentlichen Rechts aufgenommen und dabei keinen Zweifel daran gelassen, daß die Wahl der Rechtsform der Körperschaft des öffentlichen Rechts zu dem Zwecke geschah, der Studentenschaft als Eigentümerin von Vermögen (Bismarckturm, Zeitung) Vermögensfähigkeit und eigene Rechtsfähigkeit zu verleihen. Noch deutlicher wird diese Auffassung in einem Bericht, den der Vorstand des Allgemeinen Studenten-Ausschusses der Technischen Hochschule Darmstadt 1920 dem Vorsitzenden der Deutschen Studentenschaft vorlegte. (Studentische Nachrichten, 9. Jahrgang 1920, Nr. 1):

„Grundsätze für die Einrichtung von Allgemeinen Studentenausschüssen.

I. Grundlage

II. Kennzeichen

- a) Zwangsvertretung (mit Beitrag nach eigenem Beschluß),
- b) vollkommen gleiches Wahlrecht aller deutschen Studenten (und deutschen Ausländer) für die Vertretung,
- c) Ausländer ausgeschlossen,
- d) Studentenschaft ist rechtsfähige Person,
- e) Studentenschaft ist Körperschaft neben dem Senat (in rein studentischen Fragen selbständiges Vorgehen, in Hochschulverwaltungsangelegenheiten beratende Stimme ohne Einfluß auf Berufungen),
- f) Verfassung ist Teil der Hochschulverfassung.

III. Organe

Die darin zum Ausdruck kommende Interpretation war mit Sicherheit den Hochschulinstanzen (Studentische Nachrichten, 7. Jahrgang 1919, Nr. 12, S. 75), mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch dem Gesetzgeber, der die Satzung der Studentenschaft der Technischen Hochschule genehmigte und 1920 die Hochschulsatzung entsprechend änderte, bekannt. Sowohl 1920 als auch 1926 wurde aber außer der lapidaren Feststellung „Die Studentenschaft ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts“ keine weiteren Bestimmungen, insbesondere keine Einschränkungen hinsichtlich der Vermögensfähigkeit, aufgenommen.

Um zu erklären, wieso im Gesetz von 1933 die Vermögensfähigkeit zumindest in Frage gestellt wird, oder –

wenn man nach dem Satz „das Vermögen der Studentenschaft bildet ein Sondervermögen“ ergänzt: „der Hochschule“ – der Studentenschaft sogar abgesprochen wird, ist man auf Vermutungen angewiesen. Das Gesetz von 1933 diente eindeutig der Vereinheitlichung des deutschen Studentenrechts und der Durchsetzung des nationalsozialistischen Führerprinzips. Es ist anzunehmen, daß die in Preußen entstandene und dort noch vor dem Reichsgesetz verabschiedete Verordnung den anderen Ländern gleichsam als Zwangsvorbild vorlag. Alle Studentengesetze und Verordnungen der anderen deutschen Länder stimmen weitgehend – größtenteils sogar wörtlich – mit der preußischen Verordnung überein.

Von der hessischen Regierung wurden bei der Verabschiedung des Gesetzes zwei wesensmäßige Veränderungen vorgenommen. In § 1 wurde ein zweiter Absatz eingefügt, in § 7 wurde die Vertretung nach außen und nach bürgerlichem Recht geklärt (s.o.). Bei beiden Änderungen wird deutlich, daß die hessische Landesregierung entgegen den Vorstellungen der preußischen Verordnung den hessischen Studentenschaften den Charakter einer Körperschaft des öffentlichen Rechts und damit wohl auch eine eigene Rechtspersönlichkeit zugestand. Es ist unklar, wieso an der Vermögensfähigkeit nicht ebenso ausdrücklich festgehalten wurde. Es ergeben sich drei Möglichkeiten:

- 1) Entweder konnte die hessische Landesregierung eine derartige Änderung nicht vornehmen, weil es sich um eine Zwangsvorlage handelte, oder
- 2) Sie hielt die Verleihung des Körperschaftscharakters für ein ausreichendes Gegengewicht gegen den ohnehin unklaren Vermögensparagrafen (Sondervermögen wessen?), oder
- 3) Sie wollte die Vermögensfähigkeit ausdrücklich einschränken, um die Studentenschaft enger an die Hochschule zu binden.

Ausblick

Zugestandenermaßen bietet der Vermögenspassus Anlaß zu Unklarheiten. Will man der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt eindeutig den Status einer (rechtsfähigen) Körperschaft des öffentlichen Rechts und somit einer juristischen Person des öffentlichen Rechts belassen, dann sollte der Satz „Das Vermögen der Studentenschaft bildet ein Sondervermögen“ im Zuge einer Neuordnung der hessischen Hochschulgesetzgebung gestrichen werden. Die Öffentlichkeit wurde im Oktober dieses Jahres durch Berichte und Kommentare in der Tagespresse davon unterrichtet, daß der Hessische Kultusminister Schütte noch in diesem Jahr dem Parlament eine Vorlage zur Neuordnung des hessischen Hochschulrechtes zuleiten wolle. Den Meldungen nach zu urteilen (siehe

Literaturhinweise

[1] Baak, Anton: Grundlagen, Entwicklung und Wesen der Organisation der Deutschen Studentenschaft. Diss. iur. Münster, 1927.
 [2] Conti, Silvio: Das Preußische Studentenrecht. Charlottenburg, 1927.
 [3] Forsthoff: Lehrbuch des Verwaltungsrechts, 1 Band, 8. Auflage. München und Berlin, 1961.
 [4] Kersten: Das Deutsche Studentenrecht. Berlin o.J. (1930)
 [5] Koettgen: Deutsches Universitätsrecht, Tübingen, 1931.
 [6] Schapals, Werner: Wesen und Rechtsnatur der Studentenschaft, Diss. iur. Göttingen, 1962.
 [7] Seidel, Herbert: Die rechtliche Organisation der deut-

schen Studentenschaft. Diss. iur. Leipzig 1930.
 [8] Thieme: Deutsches Hochschulrecht. Berlin und Köln, 1956.
 [9] Weber, Werner: Die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, 2. Auflage. München und Berlin, 1943.

Zeitschriften:

Studentische Nachrichten (auch unter dem Titel Darmstädter Hochschulnachrichten, Hessische Hochschulzeitung). 1. Jahrgang (1908) bis 21. Jahrgang (1933). Ein ausführliches Literaturverzeichnis findet sich in [6].

auch dds 72) wird die Rechtsstellung der Studentenschaft in der bereits traditionellen Weise geregelt. Der Diskussionsentwurf sieht die Studentenschaft als eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und zugleich als einen Bestandteil der Hochschule an.

Nachdem der Vermögenspassus offensichtlich entfällt, wäre damit die bisher bestehende Unklarheit beseitigt. Andererseits ergeben sich aber aus dem gewählten Doppelcharakter neue Schwierigkeiten. Kann die Studentenschaft gleichzeitig als Bestandteil der Hochschule und als eigenständige Körperschaft des öffentlichen Rechts angesprochen werden? Die juristische Konstruktion, die Körperschaft Studentenschaft als eine „Teilkörperschaft“ in der Körperschaft Hochschule anzusehen, wobei beide Körperschaften selbständige juristische Personen sind, befriedigt nicht voll. Juristisch befriedigender wäre wohl die zweite Konstruktion: Jeder Student wird durch seine Immatrikulation Glied „zweier“ Studentenschaften, der

Studentenschaft als Bestandteil der Körperschaft Hochschule und der Studentenschaft als selbständiger Körperschaft des öffentlichen Rechts. Beide Studentenschaften bestehen aus den gleichen Gliedern und besitzen die gleichen Vertretungsorgane.

Bei den kommenden Auseinandersetzungen wird die Frage, welche Rechtsform man der Studentenschaft geben soll, vorwiegend von juristischen Gesichtspunkten aus beantwortet werden. Es ist zu erwarten, daß sich vor allem die Vertreter der Professorenenschaft auf diese Position zurückziehen. Es soll nochmals klar gesagt werden, daß es eben keine vorwiegend juristische, sondern in erster Linie eine hochschulpolitische Frage ist. Ist man einmal bereit, zuzugestehen, daß die Studentenschaft einen öffentlich-rechtlichen und einen hochschulinternen Charakter besitzt, dann ist es Aufgabe der Juristen, diesem Doppelcharakter eine rechtlich einwandfreie Form zu geben.

dds-Gespräch

mit Kultusminister Prof. Dr. Ernst Schütte

dds: Herr Minister, Sie haben vor etwa 1½ Jahren die Diskussion um die ständig zunehmende Studienzeit in der Öffentlichkeit angeregt. Zahlreiche Persönlichkeiten quer durch alle Parteien haben sich Ihrer Argumentation angeschlossen. Sind Sie der Ansicht, Herr Minister, daß die Studienzeit zwangsweise durch enggezogene Semesterhöchstzahlen begrenzt werden sollte?

Schütte: Keinesfalls zwangsweise. Es ist übrigens auch zweifelhaft, ob das aus rechtlichen Gründen möglich ist. Aber sehen wir einmal von formalen und rechtlichen Gründen ab und reden wir von der Sache. Es kommt darauf an, daß in den Universitäten und Hochschulen die Betroffenen selbst, Professoren und Studenten, bemüht sind, die Studienzeit wieder auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren. Deshalb würde ich auch den Begriff „enggezogene Semesterhöchstzahlen“ nicht unkorriert übernehmen.

Die neueste Statistik zeigt wieder höchst eindrucksvoll, daß die Zahl der Studenten erheblich angestiegen ist. Die Zahl der Neuimmatrikulierten ist relativ gering. Man muß also den Schluß ziehen, daß die Vermassung unserer Universitäten, die ungemäße Überflutung, ganz wesentlich darauf zurückzuführen ist, daß die Studenten – und nun sage ich mit Nachdruck: in den gegenwärtigen Zuständen **gezungen** sind, ihre Studienzeit ungemäß zu verlängern.

dds: Sie sind also der Ansicht, Herr Minister, daß die Studiengänge und Prüfungsordnungen zeitgemäß durchdacht werden müssen. Welche Möglichkeiten hätte Ihr Ministerium auf die Neuformulierung der Prüfungsordnung hinzuwirken?

Schütte: Die Prüfungsordnungen kommen gemeinhin im Zusammenwirken mit den Hochschulen und dem Kultusministerium zustande. Formal ist es so, daß der Kultusminister sie erläßt oder genehmigt. Im Zusammenwirken muß deshalb auch eine Reform der Studien- und Prüfungsordnung erreicht werden.

dds: Zweifellos besteht zwischen den materiellen Voraussetzungen für ein Studium und der Studiendauer ein enges Verhältnis. Wenn nicht genügend Arbeitsplätze in den wissenschaftlichen Hochschulen zur Verfügung stehen oder Literatur nicht in zureichendem Maße vorhanden ist, muß sich die Studienzeit zwangsläufig verlängern. Welche Maßnahmen sollen in diesem Zusammenhang seitens der Landesregierung durchgeführt werden? An welchen zeitlichen Ablauf ist hier gedacht?

Schütte: Der Zusammenhang, von dem Sie sprechen, ist zweifellos gegeben, und er verweist auf den Kern der

Not. Der Ausbau unserer wissenschaftlichen Hochschulen durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, der vor fast 5 Jahren so bedeutungsvoll in Gang gekommen ist, muß fortgesetzt werden. Wir brauchen nach wie vor mehr Lehrer an unseren Hochschulen, wir brauchen nach wie vor und sogar in verstärktem Maße bessere und mehr Arbeitsmittel, auch wenn es gelingen sollte, die Zahl der Studenten durch die erstrebte Reduzierung der Studienzeiten herabzusetzen.

Der Ausbau unserer Universitäten wird sich in den kommenden Jahren sehr wahrscheinlich nach neuen Empfehlungen des Wissenschaftsrates richten. Der Wissenschaftsrat ist dabei, Erhebungen zu treffen, die ihm die Übersicht über die an jeder Universität zu ergreifenden Maßnahmen für den räumlichen Ausbau und für die Vermehrung der Lehrstühle verschaffen. Zwar ist die Vermehrung der Lehrstühle in einem erheblichen Maße in den letzten Jahren möglich gewesen, es haben sich aber auch Stimmen zu Wort gemeldet, die auf negative Auswirkungen hingewiesen haben, die mich und eigentlich alle, die verantwortlich die Lage unserer Universitäten bedenken, tief erschreckt haben. Es wird berichtet, daß Parallelprofessuren auch dazu geführt haben, daß die Studenten nicht die Chance erhielten, Vorlesungen und Seminare mit normaler Studentenzahl besuchen zu können, sondern die Berufung des zweiten Professors für ein spezifisches Fach die Teilung und Spezialisierung bisher einheitlicher Vorlesungen bewirkte, so daß der Student nunmehr genötigt ist, statt einer Massenvorlesung deren zwei zu hören. Das wäre eine groteske Verdrehung und Umkehrung des Sinnes dessen, was erreicht werden sollte; die beabsichtigte Entlastung des Studenten hätte zu einer Belastung des Studenten geführt. Es muß geprüft werden, ob es sich um leicht korrigierbare Einzelfälle handelt, sonst sind Maßnahmen geboten, solche Entwicklungen zu verhindern.

dds: Herr Minister, die hessischen wissenschaftlichen Hochschulen sollen in den nächsten Jahren praktisch neu gebaut werden. Gibt es für diese Baumaßnahmen Konzeptionen, wie sie z. B. für Bochum oder Konstanz vorliegen? Welche Institutionen sind mit der Planung der Neubauten beauftragt?

Schütte: Es gibt solche Konzeptionen, allerdings nicht nach dem Modell Bochum oder Konstanz. Dazu ist folgendes anzumerken: Das Land Hessen hat drei Universitäten und eine Technische Hochschule, zur Zeit genau so viel wie das mehr als dreimal so große Nordrhein-Westfalen. Es wird in Hessen wesentlich darauf ankommen, die bestehenden Institutionen auszubauen. Das heißt aber nicht, daß nur hinzugebaut und angeflickt wird. Sowohl in Marburg als in Darmstadt, wie in Frankfurt und Gießen sind große Geländekomplexe erworben worden, und auf diesem Gelände entstehen ganz neue Fakultäten. Die bisherigen Fakultäten werden nicht nur in neuen Häusern, sondern auf einer wesentlich verbreiterten Grundlage neu erstehen. In diesem Sinne handelt es sich um Neubauten wie in Bochum und den geplanten Bauten in Konstanz, Bremen und Regensburg. Aber im ganzen bleibt für Hessen das Konzept bestehen, durch Ausbau, nicht durch Neugründung, die wissenschaftlichen Hochschulen zu fördern.

dds: Zwischen der Studienzzeit und der Struktur der Lehrkörper an den wissenschaftlichen Hochschulen besteht

ein enger Zusammenhang. Ist für Hessen ein Gesetz geplant, das die Probleme der Hochschulen regeln soll?

Schütte: Sie denken sicher an die Vereinbarung, die der Hochschullehrerverband mit den Kultus- und Finanzministern der Länder vor einem Jahr getroffen hat. Diese Regelung, die die bessere Besoldung der Hochschullehrer und auch eine vernünftige Regelung des Kolleggeldsystems – ich hätte beinahe gesagt, des bisherigen Kolleggeldwesens – zur Folge hat, wird auch in Hessen angestrebt. Die Abmachung ist von einigen Ländern bereits in die dafür notwendige Form des Gesetzes gebracht worden; Nordrhein-Westfalen und andere Länder z. B. haben die Sache bereits geregelt. Das wird auch in Hessen geschehen. In allen Bundesländern ist man dabei, die Hamburger Abmachung zwischen den Hochschullehrern und den Ländern in die Wirklichkeit umzusetzen. In Hessen hat das Kabinett der neuen Regelung im Grundsatz bereits zugestimmt.

dds: Herr Minister, wir möchten uns erlauben, uns einem zweiten Komplex der Hochschulpolitik zuzuwenden, dem zu verabschiedenden Hochschulrahmengesetz, dessen Leitlinien Sie vor einigen Wochen mitgeteilt haben. Von welcher Grundkonzeption gehen Sie bei diesem Gesetz aus?

Schütte: Es ist schwer, mit einem Satz darauf zu antworten. Man muß davon ausgehen, daß die Hochschulverfassung, die aus dem 19. Jahrhundert stammt, heute nicht mehr stimmt. Der Rektor zum Beispiel mit seinem einjährigen Rektorat war Repräsentant der Universität. Sofern er nur solche Pflichten wahrnimmt, ist das einjährige Rektorat sinnvoll. Aber längst, spätestens seit dem energischen Ausbau der Universitäten in Auswirkung des großen Planes des Wissenschaftsrates, ist klar geworden, daß der Rektor auf eine eindeutige Weise von den Pflichten und Notwendigkeiten des räumlichen und personalen Ausbaus unserer Hochschulen in Anspruch genommen ist. Die Hochschulen brauchen an der Spitze einen selbstgewählten, aber für einen längeren Zeitraum verantwortlichen Rektor – ich habe deshalb vorgeschlagen, die Amtszeit des Rektors für 5 Jahre anzusetzen. Wiederwahl soll möglich sein. Die Universitäten hätten es dann in der Hand, ob sie einen Rektor sogar für 10 Jahre beauftragen wollen –. Das wäre dann praktisch der Universitäts-Präsident, aber, nicht wie in angelsächsischen Ländern, der vom Staat gesetzte Präsident. Notwendig erscheint mir z. Zt., daß der Rektor über 5 Jahre hin die Verantwortung für die Universität übernimmt.

dds: In der öffentlichen Diskussion spielten noch weitere konkrete Punkte eine Rolle. Bedenken wurden gegen eine Verlängerung der Vorlesungszeit erhoben. Welche Verlängerung ist vorgesehen, und soll diese auch durchgeführt werden, wenn andere Länder bei der bisherigen Regelung bleiben?

Schütte: Seit langem ist bekannt, daß das Sommersemester an deutschen Universitäten kaum noch Möglichkeiten für ein ernsthaftes Studium bietet. Ich habe von Professoren gehört, das Sommersemester sei in der Ge-

fahr, eine Farce zu werden. Andere meinen, es sei schon eine Farce. Deshalb also mein Vorschlag, die Vorlesungszeiten neu zu regeln, die Vorlesungszeit im ganzen auch zu verlängern. Acht Monate sollte der Student mit der Universität durch Vorlesungen und Seminare verbunden sein. Der bekannte Bundestagsabgeordnete Dr. Dichgans hat bekanntlich behauptet, auch damit hielte Deutschland noch den Weltrekord der geringsten Studienzeit. Dies zum ersten Teil Ihrer Frage.

Zum zweiten: Kann die Verlängerung der Vorlesungszeit in **einem** Land geregelt werden, oder ist eine bundesrepublikanische Regelung von Nöten? Ich bin der Meinung, daß eine Neuregelung in der ganzen Bundesrepublik wirksam werden müßte. **Ein** Land kann eigene, besondere Vorlesungszeiten nicht ansetzen.

dds: Die hessischen Rektoren haben Bedenken dagegen angemeldet, daß die Studentenschaften an den hessischen wissenschaftlichen Hochschulen Körperschaften des öffentlichen Rechts werden bzw. bleiben sollen. Soll dieses Problem nun im Hochschulrahmengesetz gelöst werden?

Schütte: Sie haben nicht eigentlich Bedenken angemeldet, wohl aber das Argument in die Diskussion eingeführt, daß die Universität nicht aus zwei Körperschaften des öffentlichen Rechts bestehen solle. Die Studentenschaft gehört ja zum Ganzen der Hochschule. Ich selbst glaube, daß die Universität nicht auseinander gerissen wird, wenn die Studentenschaft Körperschaft des öffentlichen Rechts wird. In dem Hochschulgesetz-Entwurf ist Vorsorge getroffen, daß die Organe der Universität und der Studentenschaft weit mehr als bisher verbunden werden sollen. Ich bin der Meinung, daß die Studentenschaft die neue Rechtsstellung braucht (übrigens ist die Sache nur für Marburg und Frankfurt neu). Die Studentenschaft hat heute Aufgaben zu erfüllen, die sie nur erfüllen kann, wenn sie Körperschaft des öffentlichen Rechts ist.

dds: Herr Minister, in der letzten Zeit haben zahlreiche Beratungen zwischen Ihnen und den Beteiligten an diesem Gesetz (Landtagsfraktion, Professoren und Studenten) stattgefunden. Welche Haltungen wurden bisher zu Ihrer Grundkonzeption eingenommen?

Schütte: Ich muß deutlich sagen, daß ich bisher nur einen sogenannten Diskussionsentwurf in die Debatte gegeben habe. Allerdings enthält dieser Entwurf all die Positionen, die ich neu zu bestimmen suche. Ich habe mit Vertretern der Landtagsfraktionen gesprochen und hatte den Eindruck, daß sie durchaus bereit sind, auf der Grundlage dieses Entwurfs mitzuarbeiten, ihn evtl. aber auch mit eigenen Vorstellungen noch anzureichern versuchen werden. Ich habe den Eindruck, daß die Studentenschaften der hessischen wissenschaftlichen Hochschulen zur Mitarbeit bereit sind – die Gespräche hierüber sind besonders erfreulich verlaufen. Und ich bin sicher, daß die intensiven Beratungen mit den maßgebenden Vertretern der Hochschule neue Anregungen bringen werden. Wir sind schon dabei, diese Anregungen zu verwerten und meinem Konzept einzufügen. Ich hoffe sehr, daß es nach erneuten Beratungen mit allen Betroffenen gelingen wird, einen Gesetzentwurf zu fixieren, der dann den amtlichen Weg nehmen kann, – über das Kabinett in den Landtag!

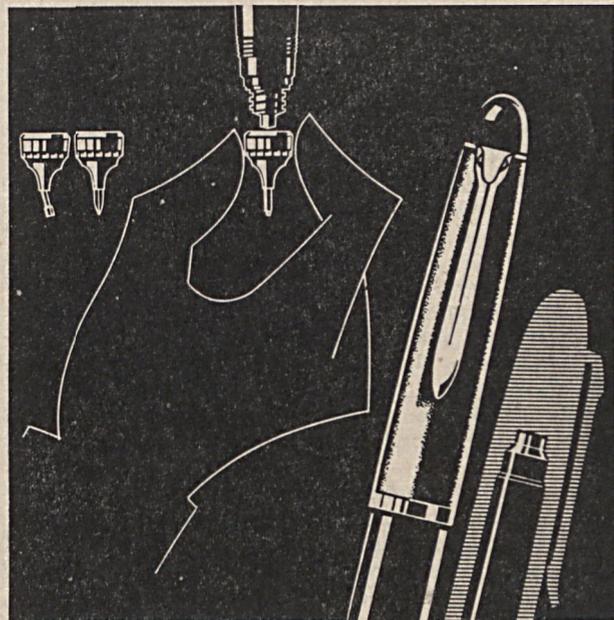
dds: Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Pelikan

Graphos

G2

Tuschefüller mit Ampullen-Füllsystem für präzises technisches Zeichnen und Schrift



Einfaches und sauberes Auswechseln der Düsen

Für den Pelikan-Graphos G 2 gibt es 34 Düsen in den Strichstärken von 0,1 bis 2,5 mm:
B-Düsen (Blau) zum Linieren
C-Düsen (Rot) zum Schreiben
D-Düsen (Grün) für Schablonenschrift

Sie lassen sich mit einer leichten Drehung fest auf den Halter aufsetzen und schnell und sauber auswechseln, ohne daß die Hände mit Tusche in Berührung kommen. Die Düsen sind in ihrer Konstruktion auf die jeweilige Strichstärke abgestimmt; sie garantieren einen exakten, konturenscharfen Strich.

Gleichmäßiger, genau dosierter Tuschefluß durch Pelikan-thermic-Regler.
Schnelles und sauberes Füllen durch Ampullen-Füllsystem.

Fordern Sie ausführliche Druckschrift von

GüntherWagnerHannoverPelikan-Werke



Im Bewußtsein hoher Verantwortung

Ulf Kaufmann

Rede des AStA-Vorsitzenden zur Rektoratsübergabe

Magnifizienz, hohe Festversammlung!

Es ist mir eine besondere Ehre, den Rektor der Technischen Hochschule Darmstadt, Seine Magnifizienz Professor Dr. Adolf Küntzel, im Namen der Studentenschaft zur Wahl zum Repräsentanten unserer Hochschule zu beglückwünschen. Ich begrüße Sie von ganzem Herzen zur Übernahme Ihres hohen Amtes.

Es gleichen Zeit gilt der Gruß dem scheidenden Rektor, Herrn Professor Dr. Frühauf. Ich möchte an dieser Stelle ein Wort des Dankes an ihn richten. Er hat sich mit großer Energie für die Fragen der Studienplanreform eingesetzt. Ihm ist es zu verdanken, daß die Technische Hochschule Darmstadt mit ihren Bemühungen um die Neugestaltung der Studiengänge und um die Studienzeitverkürzung an erster Stelle der hessischen Hochschulen steht.

Einige Fakultäten haben ihre Reformpläne bereits verwirklicht, bei anderen steht das Ziel in greifbarer Nähe.

Ebenso sehr hat sich Herr Prorektor Frühauf um den Ausbau der Technischen Hochschule bemüht. Mit dem Beginn der Planungen um die Erweiterung der Hochschule auf dem Gelände der Nachtweide hat sich und uns allen die Aufgabe gestellt, heute eine Hochschule aufzubauen, die auf Generationen hinaus gestaltend auf Forschung und Lehre wirken soll. Im Namen der Studentenschaft möchte ich ihm danken, daß er in seinem Wirken so sehr die Zukunft vor Augen hatte. Ganz besonders aber danke ich Herrn Prorektor Frühauf für sein Interesse an den studentischen Problemen und für die Art und Weise, in der er die Studentenschaft an der Hochschulselbstverwaltung beteiligt hat.

Ew. Magnifizienz, es sind sehr viele Probleme, die in diesem Jahr auf die Hochschule zukommen, und ich kann Ihnen versichern, daß die Studentenschaft gerne bereit ist, nach besten Kräften an diesen Problemen mitzuarbeiten.

Es sind zahlreiche Aufgaben unter denen, welche die Hochschule zu lösen hat, die eine enge Zusammenarbeit zwischen Magnifizienz und Studentenschaft ermöglichen und erfordern.

Die größte Aufgabe, der sich die Hochschule in den nächsten Jahren gegenüber sieht, ist die Erweiterung auf der Lichtwiese. Dadurch, daß ganze Fakultäten neu aufgebaut werden sollen, ist es möglich, eine Hochschule zu planen, die in ihrer Konzeption den modernsten Erkenntnisse der Hochschulidee entspricht. Die große Planung, die Entscheidung über die Flächenaufteilung und die Zuordnung der Fakultäten und des Forums, das ein Ort der Begegnung sein soll, zueinander, ist bereits festgelegt.

Nun steht die Hochschule vor der Aufgabe, die Detailplanung durchzuführen. Hier sieht sie sich ganz besonderen Problemen gegenüber. Eines dieser Probleme ist, daß sich die Hochschule aus städtebaulichen Gründen mit einer Zweiteilung abzufinden hat. Die Funktion der Bauten muß architektonisch so gestaltet sein, daß die neuen Teile der Hochschule die innere Einheit mit dem

alten Zentrum in der Stadtmitte ermöglichen und fördern. Ein anderes Problem betrifft die Technische Hochschule Darmstadt in gleichem Maße wie jede andere Universität. Es ist die Schwierigkeit, heute eine Hochschule zu bauen, die noch nach Jahrzehnten ein sinnvoller Rahmen für wissenschaftliche Forschung und Lehre, für das geistige Leben der Hochschule sein soll.

Der Göttinger Soziologe Professor Hans Paul Bahrt hat in einem Aufsatz zur Universitätsplanung wie auch der Verband Deutscher Studentenschaften in seinem Neugründungsgutachten – Studenten an neuen Universitäten – gefordert, daß beim Bau von neuen Hochschulen oder Erweiterungsvorhaben die betroffenen ‚Halblaien‘ auch an der Detailplanung beteiligt werden. Der Senat der Technischen Hochschule Darmstadt hat eine Kommission gebildet, die die Bauprogramme ausarbeitet. Die betroffenen Teile, Professoren, und soweit studentische Belange zu berücksichtigen sind, Studenten, wirken hier im Bewußtsein höchster Verantwortung zusammen. Die Studentenschaft begrüßt freudig, daß sie als von den Baumaßnahmen wesentlich berührter Teil der Hochschule hier Ausdruck ihrer Ideen geben darf.

Die Studentenschaft ist dankbar und froh, daß sie durch die Satzung der Technischen Hochschule Darmstadt die Möglichkeit hat, an der Gestaltung der Geschicke der Hochschule durch ihren Beitrag im Senat und den Fakultäten mitwirken zu dürfen.

Sie ist immer bemüht, die ihr von dort aus gestellten Aufgaben von allen Seiten zu beleuchten und sie einer optimalen Lösung zuzuführen.

Anläßlich Ihres Amtsantrittes, Ew. Magnifizienz, möchte ich Sie herzlich bitten, die Studentenschaft bei der Durchführung der Aufgaben zu unterstützen, die primär in den Bereich studentischer Verantwortlichkeit fallen. Es sind viele Probleme, die wir nicht ohne Ihre wohlwollende Unterstützung angehen möchten.

Zu dem Aufgabenreich, der bisher von der Studentenschaft verwaltet wurde, treten jetzt in zunehmendem Maße die Kontakte zu ausländischen Studentenschaften hinzu. Besonders liegen uns Verbindungen mit den Studenten Osteuropas am Herzen. Eine unserer wichtigsten Aufgaben aber sehen wir darin, immer wieder und gegen alle Schwierigkeiten den Kontakt zu unseren mitteldeutschen Kommilitonen zu suchen.

Über diese Probleme aber dürfen wir nicht den Kontakt zur Bevölkerung Darmstadts vergessen, der Stadt, die uns eine zweite Heimat sein will.

Wir haben das Glück, daß die Technische Hochschule Darmstadt keine Massenuniversität ist und auch nicht werden soll. Das erleichtert uns die Bemühungen darum, daß die Studentenschaft und damit auch die Gesamthochschule ein integrierter Bestandteil der Stadt auch dann bleibt, wenn Teile der Hochschule aus dem Stadtkern ausgelagert werden.

Magnifizienz, ich darf Ihnen nochmals versichern, daß die Studentenschaft gerne bereit ist, Sie innerhalb der Grenzen, die ihr durch die hessische Verfassung und die Hochschulsatzung gesetzt sind, und im Rahmen ihrer Möglichkeiten durch ihre Mitarbeit zu unterstützen.

Erwiderung des Rektors, Sr. Magnifizenz Prof. Dr. Küntzel

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen,
lieber Herr Kauffmann!

Sie haben für den scheidenden Rektor sehr freundliche Worte des Dankes und der Anerkennung gefunden, die der Herr Prorektor sicherlich mit Genugtuung und Freude angehört hat.

So finde ich also beim Antritt meines Rektorats ein freundliches, spannungsfreies Klima für das weiterzuführende Gespräch zwischen Rektor und Studentenschaft vor, worüber ich glücklich bin und wofür ich den bisherigen Gesprächspartnern aufrichtig Dank weiß.

Wir beide stehen uns an dieser Stelle – aber auch bei unseren sonstigen Begegnungen – nicht als ein zufällig herausgegriffener Professor und als zufällig herausgegriffener Student gegenüber und erst recht nicht begegnen wir uns als der lehrende Professor **seines** lernenden Studenten, in welcher Begegnung sich ja überhaupt erst der Sinn und Zweck der Hochschule erfüllt! Vielmehr sind wir beide die Sprecher der 2 wesentlichen Bestandteile der Hochschule, der satzungsgemäß also solche herausgehobenen Bestandteile, Professorenschaft und Studentenschaft. Wir vertreten also Personengruppen von sehr unterschiedlicher Zahl, Altersstufe und Aufgabenstellung, Personengruppen, die aber aufeinander angewiesen und bemüht sind, die akademische Einheit zu bilden, ineinander zu der akademischen Gemeinschaft zu integrieren! Bei festlichen Veranstaltungen, wie etwa der heutigen, wird die akademische Gemeinschaft so gern mit Pathos beschworen. Sie muß aber im Alltag des Studiums immer aufs Neue auf ihr Funktionieren überprüft werden.

Wenn bei uns diese akademische Gemeinschaft zwischen Professoren und Studenten vorhanden ist, und wir beide glauben ja, daß das der Fall sei, dann sollte es möglich sein, auch bei uns eine adäquate juristische Satzungs-konstruktion für sie zu finden, die beide Seiten befriedigt! Das sollte um so leichter möglich sein, als in Niedersachsen eine Neuordnung des Studentenschaftsrechts erarbeitet werden konnte, die – ich zitiere hier – „durch vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Studenten, Hochschulen und Hochschulverwaltung zustande gekommen ist.“

Die akademische Gemeinschaft in der Wirklichkeit des Hochschullebens, aber auch im Formalen herzustellen, das kann wohl als das Generalthema des ständigen Gesprächs zwischen Rektor und Studentenschaft bezeichnet werden. In den beiden ersten Jahrzehnten nach dem Zusammenbruch von 1945 ging es darum, die im Gesetz verankerte demokratische Mitverantwortung der Studentenschaft für die Aufgabenerfüllung der Hochschule zu konkretisieren. Der öffentliche Dialog zwischen ASTA-Vorsitzendem und Rektor bei unseren Jahresfeiern gab Gelegenheit, die Wünsche der Studentenschaft vorzubringen und entgegenzunehmen.

Heute sieht sich der Rektor in der angenehmen Lage, statt Ihre Wünsche entgegennehmen zu müssen, Ihnen als Repräsentanten der Studentenschaft für alles das Dank und Anerkennung aussprechen zu können, was die Studenten in Wahrnehmung ihrer Aufgaben zum Wohl der Hochschule geleistet haben. Vieles wäre hier anzuführen. Es sei mir erlaubt, einige Beispiele zu nennen. Aus der Tätigkeit in meiner Fakultät ist mir in Erinnerung, daß die studentische Fachschaft den Anstoß gegeben hat, die Lehrpläne des chemischen Unterrichtes zu überarbeiten, und ich weiß, daß auch in anderen Fakultäten die Fachschaftsvertreter der Studentenschaft an dieser Aufgabe verdienstvollen Anteil haben. Besonderes Lob verdient m. E. die Studentenschaft für die Herausgabe des Allgemeinen Hochschulführers und für die Bemühungen, einerseits den Anfängern, andererseits den ausländischen Kommilitonen Rat und Hilfe zu leisten. Hierzu gehören auch die studentischen Bestrebungen, zu den mitteldeutschen Kommilitonen und zu Studentengruppen des Ostblocks Kontakte herzustellen.

Mir scheint, daß jetzt der Zeitpunkt herangekommen ist, wo die Studentenschaft nicht mehr dem Rektor Wünsche vorträgt, sondern wo sich Rektor und Studentenschaft im gleichen Lager befinden, um sich gegen gut gemeinte, aber als unzweckmäßig empfundene Regelungen durch ein Hochschulgesetz zu wehren. Wenn die Studentenschaft es ablehnt, daß die Zeitspanne, in der Vorlesungen gehalten werden, wesentlich verlängert und überhaupt durch ein Gesetz geregelt werden soll, so finden Sie hier ihre volle Unterstützung durch die Professorenschaft. Aus der intimen Kenntnis der Hochschulverhältnisse heraus wissen beide Partner des Hochschulunterrichts, daß die vorlesungsfreie Zeit keineswegs eine Zeit des Nichtstuns ist, sondern daß in sie Unterrichtsveranstaltungen hinein-

Dipl.-Wirtsch.-Ing.
RUDOLF WELLNITZ

Hochschulbuchhandlung

Darmstadt, Lauteschlägerstr. 4
Direkt an der Hochschule

Technisches Antiquariat

Darmstadt, Magdalenenstr. 19
Am Kraftwerk der TH

Wein ist Vertrauenssache!

Darum kauft man alle **Weine und Spirituosen beim Fachmann.**

Eine reichhaltige Auswahl guter und preiswerter Weine und Spirituosen bietet Ihnen Ihre

Weinkellerei Hans Möhler

Darmstadt, Bleichstr. 19, Tel. 70612

fallen, die eine andere Form als die der Vorlesung haben: Exkursionen, zusammenhängende Übungen, die nicht unterbrochen werden sollen und vor allem Prüfungen. Für den Professor ist die dann noch verbleibende vorlesungsfreie Zeit unentbehrlich, um sich der Forschung zu widmen, und der Student braucht sie, um den im Semester gespeicherten Unterrichtsstoff zu assimilieren.

Meine Damen und Herren! Sie werden vielleicht bemerkt haben, daß die Ansprache meines Vorredners als die des Vorsitzenden der Studentenschaft auf der Einladung bezeichnet ist, während meine Antwort darauf sich lt. Programm an die Studenten richtet. Dieser feine Unterschied, einmal Studentenschaft, das andere Mal die Studenten, ist mehr als der nur sprachlicher Varianten! Ich möchte daher meiner Antwort auf die Ausführungen des Studentenschaftsvorsitzenden noch einige wenige Sätze anfügen dürfen, die sich an die Studenten richten. Es liegt nahe, hierbei an das anzuknüpfen, was ich gestern den neu Immatrikulierten zum Eintritt in das akademische Leben zurufen durfte.

Die neu hinzukommenden Studenten zu begrüßen, gehört ja zu den schönsten Amtsausübungen des Rektors. Es hat etwas Ergreifendes an sich, die hochgespannten Erwartungen und den unverbrauchten Einsatzwillen zu spüren, mit dem sich die Jungmannschaft des 1. Semesters dem Wagnis des akademischen Studiums in die Arme wirft.

Freilich, was ein Rektor an guten Ratschlägen zu diesem Anlaß zu geben weiß, das wird den im Studium unerfahrenen Neuling nicht mehr beeindrucken. Er denkt, daß er mit den Schwierigkeiten, von denen der gute Mann redet, schon fertig werden wird!

Auch das Gelöbnis, das dem neu Immatrikulierten vom Rektor abverlangt wird, dürfte sich in seinem tieferen Sinn dem Gelobenden erst entfallen, wenn er einige Erfahrungen im Studium erworben hat.

Dieser Satz entspricht dem Selbstverständnis der in unserer humanistischen Tradition stehenden Hochschulen, einem Selbstverständnis, dem der Philosoph Karl Jaspers folgende Form gegeben hat: „Die Universität hat die Aufgabe, die Wahrheit in der Gemeinschaft von Forschern und Schülern zu suchen“.

Aber der Philosoph meint mit dem anspruchsvollen Singular „Die Wahrheit“, sicherlich nicht allein die Wahr-

heit von wissenschaftlichen Erkenntnissen, die es zu suchen gilt oder die unbestechliche Objektivität der wissenschaftlichen Aussage. Bestimmt gemeint ist auch die Wahrheit in einem viel tieferen Sinne, im Sinne der Existenzwahrheit des wahren menschlichen Seins, der Wahrheit, wie sie in der Formel „Veritas, virtus et humanitas“ aufleuchtet.

Das Ungenügen des modernen positivistischen Wissenschaftsbetriebes, der dem Weizen echter Neuerkenntnis doch auch sehr viel Spreu von höchster Belanglosigkeit beimengt, dieses Ungenügen ist zu offensichtlich, als daß hierüber noch viel gesagt werden muß. Die Unzufriedenheit über die Struktur und über die Leistungen unserer hohen Schulen, die sich in der öffentlichen Kritik, in dem aufgeregten Gerede über das Versagen der deutschen hohen Schulen ausdrückt, hat vielleicht ihre tiefere, aber kaum erkannte Wurzel in der Tatsache, daß die in ihr angestrebte „Wahrheit“ nur die einer positivistisch-praktisch-technisch begründeten Wissenschaft ist, die dem im Begriff Wissenschaft ursprünglich mitgemeinten, existentiellen Wahrheitsanliegen nicht mehr gerecht wird.

Gedankengänge dieser Art sind nicht neu. Sie wurden auch von einem meiner Amtsvorgänger an dieser Stelle geäußert. Wir finden sie in sehr klarer Form ausgedrückt in einem soeben erschienenen Buch des Naturforschers und Philosophen Karl Friedrich von Weizsäcker, nämlich in dem Buch des Titels „Die Tragweite der Wissenschaft“. Lassen Sie mich zum Abschluß 2 Sätze aus diesem Buch anführen. Das eine Zitat lautet: „Wissen ist Macht, und Macht sollte Verantwortung bedeuten. Daß uns aber die wissenschaftliche Erkenntnis zugleich mit sittlicher Größe ausstattete, die wir brauchten, um diese Verantwortung zu tragen, das ist eine Hoffnung, der die Tatsachen nicht entsprechen.“ Und nun das andere Zitat: „Der herrschende gemeinsame Glaube unserer Gesellschaft ist der Glaube an die Wissenschaft. Hält sich dieser Glaube aber an die Wahrheit, wie er es seiner eigenen Grundlehre gemäß tun muß, so muß er zugeben, daß er das Wesen des Menschen nicht verstanden hat und daß er nicht weiß, wohin uns der Fortschritt führen wird“.

Meine lieben Kommilitonen! Ihnen, die Sie bei Ihrem Eintritt in unsere Hochschule gelobt haben, nach Wahrheit zu streben, möchte ich ans Herz legen, sich dieses Gelöbnisses immer wieder zu erinnern und es auf seinen tieferen Sinn hin zu überdenken.

Fahrschule Schneider

Darmstadt, Kasinostraße 14
Telefon 74814

und Griesheim, Hintergasse 1a

alle
Klassen

Klasse III

Mercedes-Automatic
Ford 17 M
Opel Kadett
VW 1200

Klasse II

Mercedes-LKW

Klasse I

Heinkel-Roller

Speisegaststätte

„Zum Ballonplatz“

Inh. Heinrich Kiefer

61 DARMSTADT

Alexanderstraße 29 · Tel. 20283

An der TH

Reichhaltige Mittags- und Abendkarte

Abonnement pro Tag DM 1,80

Auswahl der Tage freigestellt

Ralf R. Lavies

dds-Gespräch

mit

Prof. Dr. Erich Wölfel



dds: Herr Professor, Sie sind Ordinarius für Strukturfor- schung, ein Gebiet, das die Erforschung der Materie be- handelt. Bei der Untersuchung der Materie dringt man heute zu immer kleineren Dimensionen vor; wo vor Jah- ren noch das Lichtmikroskop vorherrschte, wird heute oft ein Elektronenmikroskop benutzt (Wir hörten darüber einiges in unserem letzten Gespräch mit Herrn Prof. Scherzer). Welche Verfahren, welche Apparaturen wer- den in Ihrem Institut zur Erforschung der Struktur der Materie benutzt?

W: Wir benutzen hier in unserem Institut vor allem Beugungsmethoden: und zwar benutzen wir Röntgenstrahlen auf der einen Seite und Neutronen – thermische Neu- tronen – auf der anderen Seite. Es interessieren uns vor allem Festkörper. Unsere Aufgabe ist es, die Anordnung der Atome in Festkörpern zu bestimmen. Das ist gleich- zeitig unser Forschungsgebiet. Wir gehen also aus von Kristallen und messen die charakteristischen Reflexe von diesen Kristallen. Daraus wird dann die Anordnung der Atome abgeleitet.

dds: Welche besonderen Verfahren verwenden Sie da- bei?

W: Die Verfahren, die wir verwenden, sind teils photo- graphische Verfahren. Wir verwenden aber auch Zähl- rohrmethoden, wo man die Reflexe mit Geigerzählern oder Szintillationszählern mißt. Die einzelnen Reflexe werden dann benutzt, um die Elektronendichteverteilung zu berechnen. Diese Rechnungen sind sehr umfangreich und daher sind wir sehr auf die Zusammenarbeit mit dem Rechenzentrum angewiesen.

dds: . . . das heißt, die Auswertungen sind dermaßen kompliziert und umfangreich, daß eine Rechnung mit

dem Rechenschieber und der Handrechenmaschine nicht mehr möglich ist.

W: Genau so ist es. Unser Forschungsgebiet kann man so charakterisieren: es interessiert uns die Atomanord- nung in Festkörpern, weil man ja, wenn man irgendwel- che physikalischen Messungen an einem Festkörper un- ternehmen will, von der Struktur ausgehen muß. Man muß also wissen, wie die Atome in der Elementarzelle, dem kleinsten Raum in einem Kristall angeordnet sind.

dds: Das heißt, man muß das „Gerüst“ des Kristalls, den Ort der Atome kennen.

W: Das ist das eine Gebiet. Wir wollen uns aber noch etwas weitergehend mit diesen Dingen befassen und fragen, welche Bindungskräfte im Festkörper maßgebend sind. Zu diesem Zwecke untersuchen wir die Verteilung der Valenzelektronen (Bindungselektronen) in den Fest- körpern, weil die theoretische Berechnung dieser Elek- tronendichteverteilung sehr schwierig ist. Man ist heutzutage noch auf Experimente angewiesen.

Mit Hilfe der Neutronenbeugung untersuchen wir schließ- lich die magnetischen Strukturen von Festkörpern und auch die Kernschwingungen in Festkörpern, denn die Festkörper darf man sich ja nicht so vorstellen, daß da alles starr ist. Die Atome führen Schwingungen aus, und gerade diese Gitterschwingungen sind für uns von gros- sem Interesse.

dds: Dieses Gebiet kann wohl nicht als in sich abge- schlossen betrachtet werden, sondern steht mit vielen anderen Fachgebieten in Verbindung. Ich denke an die Chemie und die Physik. Wie ist in Ihrem Institut die Verbindung, die Zusammenarbeit mit anderen Instituten?

W: Ja, das ist sehr richtig. Wir sind natürlich besonders auf die Zusammenarbeit mit Nachbarinstituten angewie- sen. Die Chemiker kommen mit Strukturproblemen, die sie interessieren, und wir haben eine sehr gute und wohl in Deutschland einmalige Zusammenarbeit mit dem Or- ganisch-Chemischen Institut, wo es den Organikern dar- um geht, die Struktur von großen Molekülen zu be- stimmen. Wir helfen mit unseren Methoden und die che- mischen Methoden werden in sinnvoller Weise durch physikalische Methoden ergänzt. Wir haben schon einige Arbeiten zusammen durchgeführt.

Professor Dr. rer. nat. Erich Wölfel

geboren am 13. 6. 1922 in Zittau

Studium Universität Prag

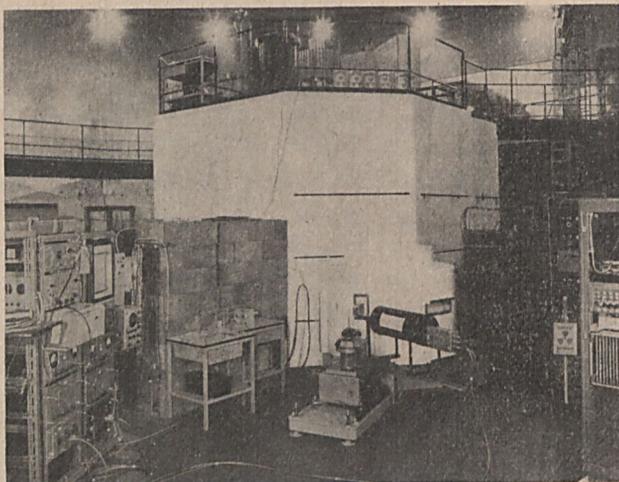
1940—41 Luftfahrtforschungsanstalt Braunschweig

1952 Promotion (TH Darmstadt)

1955—56 Gastdozent an der Universität Pittsburgh, Pasadena

1959 a. o. Professor an der TH Darmstadt

1964 o. Professor an der TH Darmstadt



Neutronenbeugungsapparatur. Atomreaktor in Frankfurt/Main.

dds: Ist es richtig, daß sich diese Zusammenarbeit mit anderen Instituten nicht nur auf die Beantwortung von interessierenden Fragen beschränkt, sondern es handelt sich hier um gemeinsame Arbeiten, die auch später gemeinsam unter dem Namen beider Institute veröffentlicht werden?

W: Genau so ist es. Beide Institute haben zusammen schon mehrere wissenschaftliche Veröffentlichungen herausgebracht und weitere Arbeiten sind geplant. Ähnlich wie bei der organischen Chemie ist es auch bei der anorganischen Chemie. Meistens kommen die Anregungen von der anderen Seite und wir wenden dann unsere Methoden an, um nachzusehen, ob wir irgendeinen Beitrag zur Beantwortung der interessierenden Fragen leisten können. Der Kontakt zur Physik ist natürlich auch sehr gut. Auch da ist es so, daß die für die Beugungsexperimente benötigten Spezialapparaturen meistens in diesen Instituten nicht vorhanden sind.

dds: Handelt es sich nun bei diesen gemeinsamen Unternehmungen oder auch bei Forschungen, die nur in Ihrem Institut vorgenommen werden, um Arbeiten, die, wie man sagt, nur im „Elfenbeinturm“ sich bewegen, oder sind diese Aufgaben vielmehr in Verbindung mit den Fragen, die die Industrie heute hat, zu verstehen?

W: Nun, es ist folgendes zu diesem Punkt zu sagen: natürlich handelt es sich vor allen Dingen um Grundlagenforschung, aber um Grundlagenforschung, an der die Industrie durchaus auch interessiert ist. In steigendem Maße werden von der Industrie und vor allem von der chemischen Großindustrie Wissenschaftler verlangt, die in der Lage sind, Strukturprobleme zu lösen. Und deswegen hat dieser Lehrstuhl natürlich auch eine Lehraufgabe, er muß dieses Fachgebiet lehren und die Studierenden ausbilden, wenigstens soweit ausbilden, daß sie nachher in der Lage sind, sich in das Gebiet weiter einzuarbeiten. Interessenten gibt es genug. Es sind sowohl Chemiker als auch Physiker. Die Studierenden können dann dieses Fach innerhalb ihrer Diplomingenieur-Prüfung bzw. Diplom-Physiker-Prüfung als Nebenfach wählen.

dds: Die Wissenschaft ist heute international. Deshalb ist sicherlich die Frage berechtigt, wie die Stellung Ihres Fachgebietes in Deutschland ist, und wie die Verbindung und der Stand der Wissenschaft auf diesem Gebiet in anderen Ländern ist.

W: Die Röntgenstrahlinterferenzen wurden vor etwa 52 Jahren von Max v. Laue entdeckt und es war die erste Zeit so, daß Deutschland auf diesem Gebiet wohl führend war. Seit dem letzten Weltkrieg ist dieses Forschungsgebiet vor allen Dingen in Amerika und in England sehr gefördert worden. In Deutschland holen wir zur Zeit auf, und es wird auch viel zur Förderung getan; z. B. von der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Rahmen eines Schwerpunktprogramms. Allerdings sind wir hier in Deutschland sehr auf den wissenschaftlichen Kontakt mit dem Ausland angewiesen und wir pflegen diesen Kontakt. Sowohl meine Mitarbeiter als auch ich sind öfters als Gäste im Ausland – in Amerika, in England –, auch mit Frankreich haben wir sehr guten wissenschaftlichen Kontakt mit einigen Hochschulen.

dds: In vielen Fakultäten unserer Hochschule wird in den letzten Jahren und Monaten über Studienplanreform gesprochen. Eine solche Reform scheint in der Fakultät Chemie, d. h. für die Chemiker von besonderer Bedeutung zu sein, da ja die Studiendauer der Chemiker außerordentlich lang ist und eine Ausweitung eines Studiums nicht im Sinne des Ausbaues unserer TH ist.

W: Ja, das Problem ist bei uns besonders dringend, denn die mittlere Studiendauer betrug für die Chemiker ungefähr 15 Semester, was untragbar ist. Viele Studenten wurden bisher von der langen Studiendauer abgeschreckt, überhaupt Chemie zu studieren.

dds: ... noch dazu, da die Industrie sehr großen Wert darauf legt, promovierte Chemiker einzustellen, und sich dadurch die Studiendauer noch weiter ausdehnt.

W: Wir rechnen damit, daß das Chemistudium bis zum Doktorexamen dauert. Die Studienreform hat vor allen Dingen zum Ziel, die Semesterzahl zu reduzieren. Weiterhin müßte die Studienreform auch darauf Rücksicht nehmen, Möglichkeiten einzubauen, um in höheren Semestern theoretische Vorlesungen zu hören und die Studenten in diesen Semestern von Laboratoriumsarbeiten etwas zu entlasten. Die Studienreform, wie sie jetzt geplant, und schon zwei Semester in Kraft ist, beruht darauf, daß man die Ausbildung bis zum Vorexamen strafft. Man glaubt, dies dadurch zu erreichen, daß man die Prüfungstermine zu ganz bestimmten Zeiten legt. Natürlich ist dann die Freiheit für den Studierenden in dieser Zeit beschränkt, er muß nach einem bestimmten Plan arbeiten, und seiner Initiative sind in dieser Zeit verhältnismäßig enge Grenzen gesetzt. Der zweite Teil des Studiums, zwischen Vorexamen und Hauptexamen, soll nach dem neuen Plan drei Semester dauern. Hier ist die Idee die, daß der Professor als Tutor mit dem Studierenden zusammen einen Plan ausarbeitet, der den Interessen des Studierenden entspricht und der innerhalb von 3 Semestern bewältigt werden kann. Der Schwerpunkt der Ausbildung kann je nach der Neigung des Studierenden auf praktischer oder theoretischer Ebene liegen. Auf jeden Fall ist in dieser Zeit der Ausbildung eine gewisse Freiheit für die Ausgestaltung des Studiums vorgesehen. Die Zeit der Diplomarbeit wird auf ein Semester beschränkt, weil man im allgemeinen den Abschluß mit der Dissertation vorsieht. Man vermeidet durch die Begrenzung der Diplomarbeit zwei große wissenschaftliche Arbeiten innerhalb der Ausbildung. Im Normalfall wird die Diplomarbeit eine Vorstufe der Doktorarbeit darstellen. Der Zeitraum der Doktorarbeit wird nicht begrenzt. Hier liegt die Initiative ganz beim Studierenden und der Doktorvater steht als Berater zur Verfügung.

dds: Herr Professor, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Friedemann Berger

Erkennung (1963)

Tag
den die Häher wachschlagen
Buchweizentag
Moortag
den die Häher schlagen
die schlagen
posnaije

Dort
reden und schweigen wir nicht
vom Lupinenschwarz und vom Tod
reden wir nicht
schweigen wir nicht vom Tod
reden wir nicht
vom Sand
vom Mehl
vom Tod
schweigen wir

Nur
was die Patin sang
Babslied
Bitterbaumlied
als sie sang
Babs im Bitterbaum
Babs an den Zweigen

Geometrien (1962)

Hier,
im Ausverkauf der Figuren,
bestimme die Position –

von den Namen sprich
und von der Schrägung der Schatten.
Zähl die Zeilen im Sand.
Auch von den Haien sag ...

bestimm die Position –
dieses Zweieck aus Schweigen.

Ich
will sie
schreiben ins System der
Worte.



Friedemann Berger,
geboren am 13. 4. 1940
in Schroda bei Posen,
wohnhaft in Gotha, stu-
diert seit 1961 Theologie
an der Humboldt-Univer-
sität in Ostberlin.
Neben mehreren Antho-
logien sind Gedichte er-
schienen in „NEUE ZEIT“
(7. 12. 63), „DIE WELT“
(8. 8. 64), „SINN UND
FORM“ (1/63), „alterna-
tive“ (Dez. 63), „pläne“
(3/64). In Vorbereitung
befinden sich Veröffent-
lichungen in „Neue Deut-
sche Literatur“, „mag-
num“ und „akzente“.
Neben den Gedichten
gibt es unveröffentlichte
Prosa, zwei Erzählungen,
ein Hörstück nach „Die
größere Hoffnung“ von
Ilse Aichinger und mehre-
re Aufsätze.

Förderung?

Helmut Hertel

Nachdem das Studentenwerk im vergangenen Sommersemester sechs Wochen nach Semesterbeginn gebraucht hatte, um die ersten Honnef-Stipendien auszahlen zu können, hat sich in diesem Semester die Wartezeit der Stipendiaten auf sieben Wochen verlängert. Die Darlehens-Auszahlung hatte auch bis Redaktionsschluß noch nicht begonnen. Und dies alles, nachdem auf energische Proteste der Studentenschaft, die sogar im hessischen Kultusministerium und vom Bundestagsabgeordneten der Landkreise Erbach und Dieburg, Herrn Ritzel (SPD), aufmerksam registriert worden waren, der Bundesinnenminister in einer Stellungnahme nichts Besseres zu sagen wußte, als: „... So sehr ich jede Verzögerung im Förderungsverfahren bedauere, so glaube ich doch versichern zu können, daß im Ganzen gesehen ein Anlaß zu einer Beunruhigung nicht gegeben ist.“

So wurde also auch in diesem Semester durch die (noch längere) Verzögerung wieder kein Anlaß zur Beunruhigung gegeben. Ob der Innenminister in einer Verordnung festgelegt hat, was für ein Anlaß zur Beunruhigung führen darf? Die Studenten haben sich auch dieses Semester wieder nicht an die Verordnung gehalten.

Wie dem auch sei! Es ist nicht die Absicht dieses Artikels, den Gründen dieser offensichtlichen Überbeanspruchung der Bonner Zentrale des Deutschen Studentenwerks, die für die termingerechte Auszahlung der Stipendien verantwortlich ist, nachzugehen. Es soll lediglich auf die Auswirkungen dieser Misere hingewiesen werden. Es hat sich einmal mehr gezeigt, daß das Honnefer Modell ein ungeeignetes Mittel zur erhofften Begabtauslese ist. Wie heißt es doch in den vom Bundesinnenministerium herausgegebenen „Bewilligungsbedingungen für die Vergabe von Bundesmitteln zur Förderung von Studenten“:

„Die öffentlichen Mittel, die nach diesen Bestimmungen an Studenten wissenschaftlicher Hochschulen vergeben werden, sind für die Verwirklichung des Honnefer Modells einer hochschulgerechten Studienförderung bestimmt. Es soll hiermit eine Auslese von Begabten unter den Studenten gefördert werden, die einer wirtschaftlichen Hilfe bedürfen. Die Förderung wird ohne Rechtsanspruch gewährt.“

Dieses Stipendienprogramm begann 1957. Im ersten Haushaltsjahr wurden 27 Mill. DM ausgezahlt. Zwar stiegen bis 1962 die jährlichen Ausgaben bis auf 60,8 Mill. DM, der Anteil der Geförderten an der Gesamtheit der Studierenden fiel aber von 19,3% auf 15% im Jahre 1963. Das kann daran liegen, daß der Anteil der von ihren Eltern finanzierten Studenten stärker gestiegen ist als der Anteil der Studenten aus sozial schwachen Schichten und auch daran, daß die Aufstockung der Bemessungsgrundlage nicht mit den Lohn- und Gehaltserhöhungen Schritt gehalten hat.

Beide Vermutungen werden bestätigt durch die Ergeb-

nisse der Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, die in jedem Semester bei der Rückmeldung der Studenten durchgeführt wird. Der Geschäftsführer des Frankfurter Studentenwerks, Herr Kath, hat die Auswertung in einer sehr instruktiven Broschüre veröffentlicht (einzu-sehen im Sozialreferat des AStA). In einer Tabelle ist dort z. B. für die Wintersemester 1928/29, 1952/53 und 1962/63 zusammengestellt, welche Stellung die Väter der Studierenden im Beruf einnahmen. Auffallend ist, daß sich das Verhältnis von Akademikern zu Nichtakademikern ständig zugunsten der Akademiker verschoben hat. 1962/63 lag es bei 32,4% zu 67,6%.

Nun mag dieses Verhältnis kein exakter Maßstab für das Verhältnis der Einkommensgruppen zueinander sein. Deshalb sei noch eine andere Tendenz angedeutet. Die absolute Zahl der studierenden Kinder von Beamten und Angestellten ist in den letzten zehn Jahren auf das 2,2-fache gestiegen, bei den Arbeitern und Landwirten auf das 2,1-fache. Beamte und Angestellte stellen heute 63,3% der Studenten, Arbeiter und Landwirte 9,6% (davon Arbeiter 5,9% bei einem Bevölkerungsanteil von über 50%). Hat also die Einführung der Förderung nach dem Honnefer Modell eine entscheidende Erschließung bisher brachliegender Begabungen erbracht? Die oben angeführten Zahlen sprechen dagegen.

Heißt das, daß keine Begabungsreserven mehr vorhanden sind? Nein, der Grund für die mangelnde Durchschlagskraft dieser Förderungsart liegt woanders. Im gleichen Zeitraum (1958/59 bis 1962/63), in dem die Zahl der Honnef-Stipendiaten trotz der erheblich gestiegenen Gesamtzahl der Studenten so gut wie gleich geblieben ist, hat sich die Zahl der Empfänger einer Erziehungsbeihilfe nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) mehr als verdoppelt. Die Zahl der Kinder von Nichtakademikern ist unter den BVG-Empfängern erheblich gestiegen. Auf die Förderung nach dem BVG besteht ein Rechtsanspruch; sie wird voll als Stipendium ausgezahlt; klare Richtlinien regeln Höhe und Auszahlungsmodus des Stipendiums. Die Förderung nach dem Honnefer Modell beruht nicht auf einem Rechtsanspruch; der Förderungsbetrag ist wesentlich niedriger als bei BVG; ein Teil dieses Betrages wird zeitweise als Darlehen ausgezahlt. Dauernde Experimente hinsichtlich der Richtlinien haben eine zusätzliche Unsicherheit ausgelöst. Niemand weiß rechtzeitig genug vor Beginn des Semesters, ob er das Stipendium erhält und wie hoch es ausfallen wird. Wie sich nun seit zwei Semestern eingebürgert hat, weiß auch niemand mehr, ob er sein Geld überhaupt noch vor Semesterende erhalten wird.

Braucht man sich da noch zu wundern, wenn Werkarbeit seit 1958 noch nicht wesentlich abgenommen hat und wenn sich angesichts einer solch unsicheren Förderungslage nur wenige Eltern aus einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten entschließen können, ihre Kinder auf Gymnasium und Hochschule zu schicken?

»Reisebüro Darmstadt«

SULZMANN UND MÜLLER
INHABER GEORG MÜLLER

Luisenplatz 1 - Fernruf: 70321 und 77282
Bahn - Flug - Schiff

Christa Oppel

Schreib- u. Übersetzungsbüro

Dissertationen
Diplomarbeiten
—
DARMSTADT
Parcusstraße 11
Telefon 76358

Eberhard Pahlberg

Die Lage ist grotesk, aber man sollte sie ernstnehmen: durch eine Minderheit, die sage und schreibe 9% aller bundesdeutschen Wählerstimmen umfaßt, ließ sich die Bundesregierung in ihrer Europapolitik in eine Sackgasse hineinmanövrieren. Spätestens nach de Gaulle's Ultimatum ist es auch dem letzten Bundesbürger klargeworden: das Ganze, alles bisher Erreichte und noch mehr, nämlich der Weg zu einem politisch geeinten Europa, ist gefährdet. Was veranlaßt die deutschen Bauern – repräsentiert durch ihren Bauernverband – eine geschichtlich notwendige und richtige Entwicklung zu hintertreiben? Die Antwort der Bauern ist: Die deutsche Landwirtschaft, ein an sich für unsere Volkswirtschaft unentbehrlicher Produktionszweig, befindet sich in einer wirtschaftlich katastrophalen Lage. Nun, es ist ein offenes Geheimnis, daß die Situation der Landwirtschaft keineswegs so „katastrophal“ ist, wie man uns vorzumachen sucht – aber gut ist sie auch nicht.

Die gesamten – sichtbaren und unsichtbaren – Leistungen des Bundes auf dem Gebiet der Ernährung, Landwirtschaft und Forsten betragen 1963 4,05 Mrd. DM. Rechnet man die Aufwendungen der Länder im gleichen Zeitraum hinzu, so kommt man auf eine runde Summe von 6 Mrd. DM. Bezogen auf den Bundeshaushalt macht das einen Anteil von 10% aus. Grob gesagt heißt das wohl, daß der Verbraucher und Steuerzahler nicht nur hohe Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse zahlen, sondern auch noch 10% seines Jahressteuerbetrages der Landwirtschaft zugute kommen lassen muß. Dies ist eine Tatsache, die des Nachdenkens wert ist. Nun ist über die Lage der deutschen Landwirtschaft bisher viel und breit diskutiert worden. Somit ist es auch nicht unsere Absicht, den zahllosen und qualifizierten Analysen eine weitere hinzuzufügen, sondern wir wollen uns zwei, wie es scheint, wesentlichen Punkten zuwenden, die zwar im „Bericht der Bundesregierung“ (Grüner Bericht), nicht aber in den „Maßnahmen der Bundesregierung“ (Grüner Plan) die ihnen zukommende Beachtung gefunden haben: der Ausbildung von zukünftigen landwirtschaftlichen Betriebsleitern und dem Genossenschaftswesen.

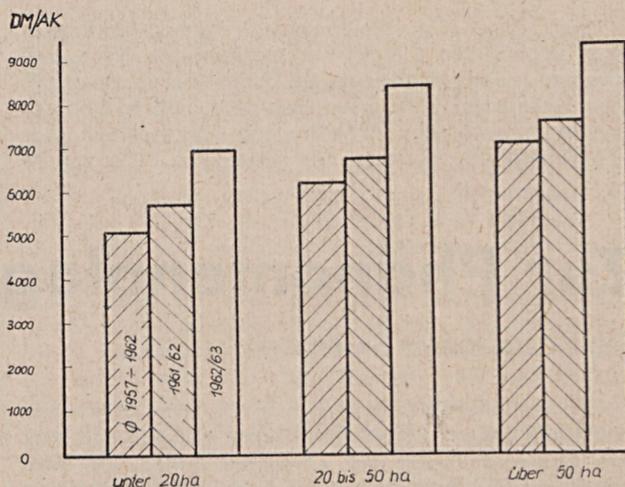
Betriebsleitern fehlt Fachwissen

Eine der wesentlichsten Voraussetzungen für den Betriebserfolg ist, daß der Betriebsleiter über das notwendige fachliche Wissen verfügt, um einen modernen Hof zu führen. Es ist in diesem Zusammenhang aufschlußreich, einmal den typischen Werdegang eines Betriebsleiters zu verfolgen: Nach dem Abschluß der Volksschule wird der junge Aspirant in einen von einem Landwirtschaftsmeister geführten Lehrbetrieb geschickt und muß dort seine dreieinhalbjährige Lehrzeit absolvieren. Parallel läuft der Berufsschulunterricht. Nach abgeschlossener Lehrzeit hat er dann die Möglichkeit, eine über zwei Winterhalbjahre sich hinziehende Ausbildung an einer landwirtschaftlichen Fachschule zu erhalten. Doch wieviele der künftigen Betriebsleiter nutzen diese Chance? Unlängst erst sollte die Landwirtschaftsschule Darmstadt geschlossen werden. Die Ursache? Schülermangel. In Hessen besuchen rund 50% der Betriebsleiter-Anwärter diese Schulen, wobei die Streuung zwischen 33 und 100% liegt. Man kann sich gut vorstellen, daß dieser Prozentsatz in Ländern ohne Lehrmittelfreiheit und Schulgeldfreiheit wesentlich geringer ist. Daraus folgt, daß ein relativ geringer Teil der jungen Betriebsleiter – von den älteren ganz abgesehen – das nötige fachliche Rüst-

zeug und vor allem die notwendigen betriebswirtschaftlichen Kenntnisse besitzt, um im Betrieb optimal zu wirtschaften.

Verstoß gegen die Verfassung?

Nehmen wir zum Vergleich einmal das Handwerk. § 1 und § 7 der Handwerksordnung (Gesetz!) besagen zusammengefaßt, daß nur ein Handwerker mit Meisterbrief selbständig einen Betrieb zu führen berechtigt ist. In der Landwirtschaft gibt es keine entsprechende Bestimmung. Abgesehen davon, daß das bedauerlich ist, sollte man sich ernsthaft überlegen, ob dies nicht ein



Durchschnittliches Betriebseinkommen in Nordwestdeutschland in DM je Arbeitskraft (Quelle: Grüner Bericht 1964)

Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung bedeutet. Man wird einwenden, daß Handwerk und Landwirtschaft zweierlei sind. Gewiß – aber ist es nicht so, daß die Anforderungen an den Betriebsleiter im komplexen Landwirtschaftsbetrieb größer sind als die im spezialisierten Handwerksbetrieb? Und soll schließlich und letztlich der Steuerzahler bluten, weil der Bauer unfähig ist?

Der größere Betrieb ist im Vorteil

Betrachtet man die Struktur der deutschen Landwirtschaft, so bietet sich ein besonders ungünstiges Bild. Im „Grünen Bericht“ 1964 kann man schwarz auf weiß nachlesen, daß von der Zahl aller landwirtschaftlichen Betriebe 90,7% eine landwirtschaftliche Nutzfläche von weniger als 20 ha bestellen. Diese Klein-Betriebe bearbeiten einen Anteil von 61,9% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der Bundesrepublik. Nun gibt es erfreulicherweise Konzentrationstendenzen, d.h. Zwergbetriebe 0,5 . . . 5 ha werden aufgegeben. Der Vorgang hat sich in den letzten Jahren außerordentlich beschleunigt, und es gibt zahlreiche Fachleute, die ihre Hoffnungen darauf setzen. Die Ursache dieser Bewegung ist, daß das Betriebseinkommen je Arbeitskraft im Durchschnitt in den kleineren Betrieben wesentlich geringer ist als in den größeren Betrieben. Und das wird sich auch nicht ändern, denn in kleinen Betrieben sind der Rationalisierung und Mechanisierung enge Grenzen gesetzt. Die Gründe sind

vielfältig. Eine Ursache ist die geringe Kapitalkraft, eine andere ist die Tatsache, daß sich Großmaschinen auf kleinen Flächen nicht rentabel einsetzen lassen.

Die Chance für die Kleinbetriebe liegt in der Umstellung auf die sogenannte Intensiv- oder Schwerpunktwirtschaft. Aber auch hier gibt es Grenzen. Denn würde jeder Betrieb ausschließlich Hühner oder Schweine züchten, so wäre der Markt rasch gesättigt. Der Trend zu größeren Betrieben ist dennoch förderungswürdig. Der Bund jedoch fördert diese Bewegung nicht und kann sie auch nicht fördern – aus weltanschaulichen und politischen Gründen. So weit so gut; es gibt aber für die Bundesregierung einen Ausweg aus dem Dilemma. Leider ist dies bisher noch nicht genügend erkannt worden.

Vier Bauern können Urlaub machen

In einer kleinen Odenwaldgemeinde hatten vier Bauern einen großartigen Einfall. Sie sperrten ihre Kühe und Schweine jeweils in gemeinsame Ställe, die sie zuvor mit allen technischen Raffinessen ausstatten ließen. Dadurch war es möglich, eine Arbeitsteilung vorzunehmen. Der eine betreut die Schweine, der andere die Kühe und so

fort. Die Folgen blieben nicht aus. Als erstes ergab sich für jeweils drei ein freies Wochenende, während nur einer arbeiten mußte. Weitere Vorteile waren, daß die Investitionen sehr viel gewinnbringender ausgenutzt werden konnten. Es ist ein bescheidener Ansatz zu genossenschaftlicher Wirtschaft.

Studiert man den „Grünen Plan“ 1964, so fragt man sich mit Recht, warum die Bundesregierung noch nicht auf den Gedanken gekommen ist, das Genossenschaftswesen in verstärktem Maße zu fördern. Denn der Betrag von 31,5 Mio. DM zur Förderung der „horizontalen Verbundwirtschaft“ nimmt sich wahrhaft sehr bescheiden aus, vergleicht man ihn etwa mit der Summe von 640 Mio. DM zur „Qualitätsverbesserung der Milch“. Und dabei kommt es noch nicht einmal so sehr auf Zuschüsse an. Schon eine intensive Aufklärungskampagne könnte sehr nützlich sein. Selbst in dem Unterrichtsplan für Betriebswirtschaft der hessischen Landwirtschaftsschulen findet sich kein Hinweis auf die wirtschaftlichen Vorteile der Verbundwirtschaft. Spricht man mit Fachleuten der Landwirtschaft über die Möglichkeiten genossenschaftlichen Wirtschaftens, so hat man den Eindruck, ein Tabu zu berühren. Warum? Es ist ein wahrhaft kostspieliges Tabu, das wir uns da leisten.

Zur Phänomenologie

des Darmstädter Studenten

Früher, als alle Studenten noch in Uniform, Studentenhüte und Stulpenstiefeln herumliefen, als noch alle brav ihre Couleurs trugen und Corpsgeist hatten, da wäre keiner auf die Idee gekommen, sich mit der äußeren Erscheinung der studiosi zu beschäftigen. Heute ist dies, wenn nicht eine Notwendigkeit, so doch zumindest eine brennende Zeitfrage geworden. Im Zeitalter des Liverpoolbeats, der Mods und Rockers, in dem jegliche Konvention in Bezug auf Äußeres in Frage gestellt ist, muß es sich die Zukunft unseres Volkes gefallen lassen, in dieser Hinsicht scharf unter die Lupe genommen zu werden.

„Der Mensch ist, wie wir alle aus eigener Erfahrung wissen, ein Säugetier, welches als solches über ein Haar Kleid verfügt, das sich allerdings schamhaft an gewisse Körperstellen zurückgezogen hat. Durch radikalen Schnitt wurde die Haartracht des Menschen von Alters her kurz gehalten, namentlich auf dem Kopf und am Kinn. Erst neuerdings werden die Haare ihrer natürlichen Schutzfunktion wieder zugeführt, indem Augen und Ohren sowie der Nacken durch Haarsträhnen bedeckt und so vor übermäßiger Verwitterung und Beschmutzung bewahrt werden. Diese Entwicklung haben wir einer anglo-amerikanischen Gesangsgruppe zu verdanken.“ So könnte das Kapitel „Der Mensch“ in einem modernen Biologiebuch beginnen. Nun sind diese Sätze nicht ohne weiteres auf den Studenten zu übertragen, womit aber nicht gesagt sein soll, der Student sei kein Mensch, sondern er wolle erst einer werden...

Das Äußere des Studenten setzt sich aus mehreren Komponenten zusammen, die latent schon bei Beginn des Studiums vorhanden sind, ihre rechte Ausprägung aber erst später erfahren, je nach Fakultät und Semesterzahl. Die Erstsemester tragen nur für das geübte Auge des Psychoanalytikers ihr Kastenzeichen am Anzug, während die Diplomanden auch vom gewöhnlichen Sterblichen der richtigen Fakultät zugeordnet werden können. Doch be-

ginnen wir mit der auffälligsten Körperzierde, mit der sich Studenten zu schmücken pflegen: dem Bart. Viele Abiturienten, die ihrer neugewonnenen Unabhängigkeit Ausdruck verleihen wollen, indem sie ihrer Intellektuellenvisage eine seegräsähnliche Matratze vorhängen, entfernen diese Pracht bald, wenn sie merken, daß diese Exponiertheit in keiner Weise ihrer untergeordneten Stellung entspricht. Ganz Mutige behalten trotz allem eine bescheidene Haaransammlung direkt unter der Nase; fein gebürstet und hochblond fällt das Menjougewächs sowieso nicht besonders auf, bloß die Kommilitoninnen kichern, wenn sie es endlich entdeckt haben. Ganz anders ist es mit den Architekten; wenn bei ihnen in zartester Jugend ein Fläumchen zu sprießen beginnt, glauben sie es ihrer keimenden Männlichkeit schuldig zu sein, pfeiferauchenderweise die Menschheit auf sich aufmerksam zu machen. Das ist etwa der Zeitpunkt, von dem ab sie mit dem Gedanken schwanger zu gehen beginnen, ihre Schaffenskraft in den Dienst der Kunst zu stellen. Was dabei herauskommt, ist meist eine Fehlgeburt: ein Architekturstudium an der THD. Aus Ver zweiflung und Enttäuschung darüber, daß die Welt dort nicht nur aus Form und Farbe und baulustigen Millionen besteht, sondern zunächst hauptsächlich aus Statik und Dehnungskoeffizienten, ist der Bart entweder ab oder wird noch länger. Das letztere ist unbedingt zu empfehlen, da die werdenden Architekten, wie ich gehört habe, bei der Neueinschreibung auf dem umfangreichen Formularmaterial sogar ihre Bartlänge angeben müssen: zum freien Zeichnen werden sie nämlich erst ab 12,5 cm zugelassen; Ausnahmen sind nur bei besonders origineller Bartform (zum Beispiel ganz dünn von einem Ohr zum anderen) möglich und bedürfen der Genehmigung der Fakultätssekretärinnen. Schließlich sind die Architektinnen (ein nicht zu übersehender Faktor) eine Erscheinung, der gesondert gehuldigt werden muß. Was bei

den Herren für den Bart gilt, muß bei ihnen bei der Länge der (Haupt-) Haare erfüllt sein; natürlich liegt hier das Mindestmaß bei 50 cm. In weichen Wellen fließt ihnen das Haar bis zur lederbesten Hüfte hinab, und man muß schon sehr aufpassen, wenn man sich nicht darin verfangen will (manche wollen aber). Bei, Verzeihung, mit solchen Geschöpfen haben es dann Assistenten und manchmal sogar Professoren nicht leicht, von den Kommilitonen ganz zu schweigen.

In den höheren Semestern ändert sich schließlich auch bei den anderen Fakultäten das Verhältnis zum Äußeren ganz grundlegend. Der Physiker, ordentlich und sauber von Geburt an, der sich schon rasierte, als noch gar nichts da war zum Rasieren, läßt sich erst nach dem halb mißglückten Vordiplom einen Bart wachsen, vernachlässigt seine Kleidung und vergammelt langsam aber sicher, um nach dem 18. Semester abzubringen und ein Philosophiestudium zu beginnen. Hat er es aber zum Hilfsassistenten gebracht, so wird er eitel und läuft vorzugsweise und überall, auch wo es nicht paßt, mit seinem peinlich sauberen Kittel herum (falls es doch einmal Flecke gegeben haben sollte, antwortet er auf diesbezügliche Fragen: kann jedem mal passieren, der Elektronenbeschleuniger hat gesabbert). Weithin sichtbar trägt der frischgebackene Halbgott in der linken Brusttasche seines oben zitierten Kittels einen Rechenschieber, den er nie benutzt (er rechnet alles im Kopf oder auf der IBM), und am Revers steckt, selbst für den Laien leicht erkennbar, das Strahlendosimeter, damit jeder gleich sieht, wie gefährlich er lebt. Um zu zeigen, daß er selbst für die geringste Notdurft keine Zeit hat, weil ohne ihn das Weltbild der Physik zusammenstürzen würde, bleibt er tagelang unrasiert, putzt sich dafür aber, um richtig zerstreut zu erscheinen, die Zähne mit Rasiercreme. – Auch Chemiker können sich später einen Bart leisten; in den ersten Semestern ist ein solcher nämlich nicht besonders empfehlenswert: beim ständigen Aufenthalt im Labor klebt er heftig, schillert in allen Farben und riecht nicht gerade überwältigend, alles herührend von manchen stürmisch verlaufenen Reaktionen (Allerdings sieht der Bart eines treuen Mensabesuchers auch nicht viel besser aus, betrachten Sie sich einmal so eine Speisekarte!).

Weibliche Studenten tragen im allgemeinen keinen Bart; wenn doch, so sind es oft Mathematikstudentinnen nach dem Vordiplom: vorher finden sie ihn häßlich und nachher haben sie es nicht mehr nötig nett auszusehen, denn ihre Zukunft ist, auch ohne Mann, gesichert.

Neben diesen extraordinären Erscheinungen nehmen sich die anderen Fakultäten äußerst brav und ordentlich aus: nur vereinzelt sieht man mal Elektrotechniker mit überlangem Wollschal oder Bauingenieure in ausgebeulten Cordhosen. Bei den Maschinenbauern, vor allem bei höheren und höchsten Semestern, ist die Identifizierung schon wieder etwas einfacher: sie rauchen „Gauloises“ oder Zigarren, und wenn man einen im weißen Hemd sieht, so kann man sicher sein, daß er von einer Prüfung kommt.

Die Fakultät KuSt endlich (ich finde diese Abkürzung

einfach entzückend) ist einer gesonderten, ausgedehnten Betrachtung wert. Ähnlich der Absicht der Fakultät, die Doppelbegabungen in zweifacher Hinsicht auszubilden, ist auch das Aussehen dieser Doppelbegabungen zumindest zwiespältig, oft jedoch sogar recht vielschichtig. Das Studium des Wirtschaftsingenieurwesens scheint ein Tummelplatz für alle möglichen Figuren zu sein: man sieht neben Ex-Weltrekordlern und Olympiasiegern prominente CDU-Politiker, die das cand. wirtsch.-ing. wohl nur noch formhalber vor dem Namen führen (letztere haben sich ihrer Wichtigkeit gemäß jedoch einen respektablen Körperumfang zugelegt, denn wenn man im öffentlichen Leben steht, muß man ja schließlich nach was aussehen). Die AStA-Aktivität der KuStler beschränkt sich also nicht nur aufs Skatspielen, wie übrigens alles, was irgendwie nach Kultur und Bildung riecht, von ihnen okkupiert wird (wohl weil die meisten das Glück hatten, eine humanistische Vollausbildung zu genießen und so zu besonders wertvollen Menschen heranreifen). Trotzdem scheinen die wenigen weiblichen Wesen dieser Fakultät recht (ge)brauchbar. Zur Auswahl steht eine breite Skala von rothaarigen Hexen (die Farbe ist zu schön, um echt zu sein) über schwarze Zigeunerinnen zu langhaarigen Philosophenkätzchen mit einem Blick, der selbst Schopenhauer von seiner Weiberfeindschaft geheilt hätte. Immerhin sehen (fast) alle Studentinnen der THD so aus, als ob sie etwa zehnmal mehr Zeit auf ihre Fassade verwendeten als ihre entsprechenden „Fassadenkletterer“.

Zum Schluß sei noch eine kleine Schönheitsoperation erwähnt, der sich jeder gern unterzieht: das Tragen einer Brille. Beliebt sind solche mit dicken schwarzen Rändern, sie geben dem dümmsten Gesicht Profil und Gewicht (das reimt sich sogar!), also besonders geeignet für Leute, die für mehr gehalten werden wollen als für Studenten. Das Nonplusultra der Verschönerung ist allerdings die randlose oder dünn goldgefaßte Brille, die ihrem Träger etwas Durchgeistigtes, Wissenschaftliches aufprägt. Man gilt bei Unterprimanerinnen zumindest als Physiker, wenn nicht gar als Mathematiker. Die ganz Raffinierten im Eindruckschinden schleppen den lieben langen Tag eine furchtbar wichtig aussehende Aktentasche mit sich herum, in der sie die Weltformel zu haben scheinen. Die Leidtragenden sind in diesem Falle die echten Physiker mit ebendiesen Brillen und Taschen, die man dann gewöhnlich für verkleidete Bauingenieure hält.

Ich hoffe, Ihnen mit dieser Zusammenstellung, die natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann, einige wertvolle Tips für die Ausgestaltung Ihrer eigenen Persönlichkeit gegeben zu haben und würde mich freuen, demnächst der einen oder anderen Type, die ich vorstehend beschrieben habe, auf dem Hochschulgelände zu begegnen. fari

Die Redaktion legt Wert auf die Feststellung, daß in diesem Artikel die Phantasie mit dem Autor durchging und Ähnlichkeiten mit lebenden Personen rein zufällig wären. Beleidigungsklagen und Schadensersatzansprüche müssen aus diesem Grunde schon jetzt abgelehnt werden.

GASTSTÄTTE

Treffpunkt

61 Darmstadt Tel. 24950
Landgraf-Georg-Straße 7

... und hier
können Sie futtern
wie bei Müttern!

– ab 9.00 h geöffnet –

LABORTECHNIK DARMSTADT

Fachgeschäft für Laboratoriumsbedarf
Apparate und Geräte für Wissenschaft und Technik
Glasbläserei

Darmstadt

Lauteschlägerstraße 3 · Telefon 71030

Gruppenstudium

Dieter Hartig

In den Fachschaften Bauingenieurwesen, Elektrotechnik und Maschinenbau wurde den Studenten, die zum Wintersemester 64/65 an unserer Hochschule ihr Studium begannen, Gelegenheit gegeben, in Gruppen zu studieren. Bei den ersten Zusammenkünften der neuen Kommilitonen – kurzen Einführungen in das Hochschulleben – wurde auf diese Möglichkeit hingewiesen. An einem Abend in etwas gelösterer Atmosphäre erläuterten die Fachschaftsvertreter den Sinn und Zweck des Gruppenstudiums. Zu diesem Abend waren auch mehrere Kommilitonen höherer Semester erschienen und konnten den jüngeren im Gespräch einen Einblick in das geben, was sie während ihres Studiums erwartet. Der erste Eindruck in den großen Kollegs mit einigen hundert Hörern ließ ein Angebot, sich zu kleineren Gruppen zusammenzutun, sinnvoll erscheinen. So waren denn auch im Durchschnitt 70% der in den drei technischen Fakultäten neu eingeschriebenen erschienen. Die Mehrzahl fand an diesem Abend schon ihren Gruppenbegleiter, da die meisten der anwesenden älteren Studenten bereit waren, in einer Gruppe von vier bis sieben Studenten mitzuarbeiten. Einige Gruppen bildeten sich durch die Vermittlung der Fachschaften später noch.

Im letzten Jahr studierten in der Fakultät Bauingenieurwesen etwa 60 Studenten in acht Gruppen. Das waren ungefähr 50% der in dieser Fakultät immatrikulierten Erstsemester. Für einen ersten Versuch waren das erstaunlich viele.

Dieses Jahr haben sich von den Bauingenieuren etwa 70%, das sind 80 Studenten, zu 14 Gruppen zusammengefunden, Maschinenbauer 60% (80) in 20 Gruppen, Elektrotechniker 55% (125) in 18 Gruppen. Damit tritt diese Arbeit – schon wegen der großen Zahl der Teilnehmer – aus dem Anfangsstadium heraus, denn mit einer wesentlich höheren Beteiligung rechnet man auch in den kommenden Jahren nicht. Voraussetzung dafür, Gruppenbegleiter zu werden, ist das bestandene Vordiplom. Daß sie aufgeschlossen sind für allgemeine studentische Belange, haben sie bereits damit gezeigt, daß sie sich für diese unvergütete Arbeit zur Verfügung gestellt haben. Einige von ihnen übernehmen dieses „Amt“ schon zum zweiten Mal. Ihre Erfahrungen und einige grundsätzliche Gedanken möchte ich hier zusammengefaßt wiedergeben. Es hat sich gezeigt, daß es nicht günstig ist, wenn mehr als fünf oder sechs Studenten in einer Gruppe arbeiten. Der Zusammenhalt in der Gruppe geht meist sehr schnell verloren oder entsteht gar nicht erst. Außerdem wird damit die Frage nach einem Treffpunkt noch schwieriger. In der Hochschule findet man nur selten einen Raum, in dem man andere nicht stört und selbst auch nicht gestört wird. Die Studentenbuden sind auch ungeeignet, wenigstens für größere Gruppen. Man sollte sich deshalb bei den jetzt geplanten Neubauten überlegen, wie den Gruppen zu helfen ist.

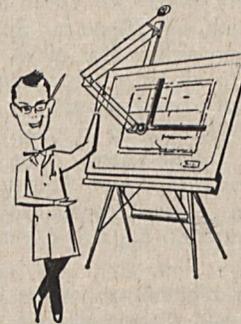
Nach dem ersten Semester trifft der Gruppenbegleiter seine Gruppe meist nicht mehr regelmäßig. Die Studenten haben sich inzwischen an die Arbeitsweise und das Arbeitstempo gewöhnt. Sie sollten jetzt versuchen, aus dem am Anfang nahezu genau vorgeschriebenen Studium nach eigenen Ideen das Beste zu machen. Dazu wird die Zusammenarbeit in der Gruppe einige Anregung bieten. Im ersten Semester treffen sich die Gruppen ein- oder zweimal in der Woche. Falls über fachliche Probleme gesprochen wird, sollte das zu einer Vertiefung des Verständnisses besonders in den Grundlagenfächern führen. Das setzt voraus, daß sich jeder schon für sich mit diesen

Problemen beschäftigt hat. Die Zusammenarbeit in der Gruppe dient jedoch nicht nur dazu, bereits aufgetauchte Fragen zu klären, sondern herauszufinden, welche Fragen noch bestehen. Für die Besprechung der Übungsarbeiten sind die Übungsstunden und Sprechstunden der Lehrstühle eingerichtet. Wichtiger ist es, mit Hilfe des Gruppenbegleiters die Verbindung zwischen den einzelnen Fächern und dem Bezug zum späteren Fachstudium herzustellen. Wenn man unter Gruppenstudium eine fortlaufende Beratung zur Methodik des Studierens, eine Intensivierung des Fachstudiums und eine Anregung zur eigenen Gestaltung der gesamten Studienzeite versteht und dies auch verwirklicht, dann haben wir damit einen Beitrag zu dem geleistet, was man unter den Pflichten eines Studenten gegenüber der Hochschule versteht.

Aber nicht nur gegenüber der Hochschule als Ganzem, sondern auch gegenüber den einzelnen Studenten haben wir eine Verantwortung. Besonders gut verständlich wird dies, wenn man an die Lage der Ausländer während ihres Studiums denkt.

Wir hoffen, daß mit dem Studium in Gruppen eine festere Gemeinschaft unter den Studenten entsteht.

Außerdem glauben wir, daß auch das Gruppenstudium zur Verkürzung des Studiums beitragen wird. Jedoch in dieser Hinsicht ist es nur ein Beitrag, der im Zusammenhang mit anderen Bemühungen für eine bessere Studienberatung und letztlich im Zusammenhang mit der Studienplanreform gesehen werden muß.



**Genau,
schnelles,
sauberes,
bequemes
Zeichnen**

HMF-Präzisions-Zeichenmaschinen

mit und ohne Nullpunktverstellung, 360° Vollkreisteilung, 15° Rastung, Ablesegenauigkeit bis 10' durch Nonius, keine störanfälligen Teile

HMF-Zeichentische

stufenlos regelbar, verschiedene Ausführungen

HMF-Zeichenbretter

mit verschiebbaren Stützen

HMF-Reißzeuge

für Schule und Beruf

Unser Schlager!

Komplette Zeichenanlage DIN A1

2 Jahre Garantie! 167,- abz. Studentenrabatt

Prospekte und Auskünfte bei:

A. Kipper, 61 Darmstadt, Soderstraße 16 II

oder direkt bei



**Heinrich Möckel
Feinmechanik**

6301 Oppenrod-Gießen

Römische Zahlen

Ich hatte es satt. Genauer gesagt: als meine Wirtin vieldeutig bemerkte, es gäbe sicher viele Studenten, die tierliebender seien als ich und die gerne – ohne Murren – abends um viertel vor zehn den Hund „gassi“ führen würden, da hatte ich es satt. Mir wurde klar, daß ich mich nach einer neuen Bleibe umzusehen hatte. Aber es müßte ein Vermieter sein ohne Hund, überhaupt ohne Haustiere und Nebenpflichten für den sich langweitenden Studenten, eine Behörde oder so etwas ähnliches. Wie wäre es denn, wenn ich zum Studentenwerk ginge und um einen Platz in einem Wohnheim nachsuchen würde?

Am nächsten Dienstag erklimm ich die vielen Treppen zum Studentenwerk und – durch ein Türschild ins richtige Zimmer gewiesen – trug ich mein Anliegen vor. Ja, so wurde ich belehrt, zuerst müsse ich mich auf eine Warteliste setzen lassen, denn ach so viele andere hegten den gleichen Wunsch wie ich. Im Augenblick stünden sage und schreibe 23 Studenten vor mir.

Das war im letzten Juni. Was blieb mir übrig, als in den sauren Apfel des Wartens zu beißen! Durch sieben Semester an stilles Dulden gewöhnt, wollte ich meiner Stunde harren. Aber nach zwei Monaten konnte ich meine Neugierde nicht mehr bezähmen. Auskunft erheischend, wie es um meine Angelegenheit bestellt sei, lenkte ich meine Schritte wiederum zum Luisenplatz und siehe da, ich stand an elfter Stelle. So wurde es mir versichert, und frohen Mutes wegen solch spürbaren Fortschritts ging ich heim. Die nächsten zwei Monate vergingen wie im Fluge und mit dem Gefühl, das große Ereignis müsse jetzt (nach Adam Riese, Proportionalitätsrechnung und so) dicht vor der Tür stehen, fand ich mich in der ersten Novemberwoche beim Sachbearbeiter ein.

Doch wer beschreibt mein Erstaunen, meine Bestürzung, ja mein Entsetzen, als man mir erklärte, ich stünde an zwölfter Stelle auf der Warteliste. Zuerst sträubten sich meine sämtlichen Borsten. Untertänig und unter wiederholten Entschuldigungen wies ich auf den Widerspruch hin. Die Antwort war, da ich jetzt an zwölfter Stelle stehe, könne ich vor zwei Monaten nicht an elfter Stelle gestanden haben. Das müsse ich doch einsehen.

und er läuft . . . und läuft . . .
und läuft . . .

sicher eine gute reklame für ein
auto! wenn sie aber einen füll-
halter brauchen, der nicht läuft,
dann kommen sie zu



WINKEL

BÜRO-ORGANISATION

61 DARMSTADT

Rheinstraße 12^{1/2}

Planlos irrte ich mit wild jagenden Gedanken durch Darmstadt. Wußte ich doch, daß in der Zwischenzeit eine erkleckliche Anzahl von Studenten in diesem Heim liebevolle Aufnahme gefunden hatte. Sollte man am Ende beim Studentenwerk noch römische Zahlen benutzen, mit denen sich ja bekanntlich nur schwer subtrahieren läßt? Aber nein, das kann nicht sein an einer Technischen Hochschule, die den Fortschritt auf ihr Papier geschrieben hat.

Von nun an wurde ich trübsinnig. Das werde ich aber immer, wenn sich meine Gedanken und Überlegungen in Bahnen bewegen, die so abseits von allem Gewohnten und so kurios sind, daß sie gänzlich unaussprechlich sind, und es sich vor allen Dingen verbietet, sie hier niederzuschreiben, kurz gesagt, wenn sie ein schillerndes Eigenleben führen. Wer kann mir in dieser Lage noch Trost spenden, wer hilft mir, den gordischen Knoten zu zerhacken und diese Frage zu beantworten? Wer bewahrt mich vor dem Schicksal, nach weiteren zwei Monaten an dreizehnter Stelle zu stehen? Fragen über Fragen. Es werden wohl doch römische Zahlen sein. wl

Rote Zahlen

Das Sozialreferat im AstA hatte zu Beginn der vorlesungsfreien Zeit in diesem Sommer ein System erarbeitet, wie sich das Verfahren der Rückerstattung der Beiträge von Studenten, die sich nicht von der Deutschen Studenten-Krankenversicherung (DSKV) versichern lassen müssen, verwaltungstechnisch vereinfachen ließe. Leider war der Verwaltungsdirektor nicht bereit, noch vor seinem Urlaub darüber zu verhandeln. Als er endlich aus dem Urlaub zurückkam, war der Angestellte, der über die Lochkartenanlage Bescheid wußte, im Urlaub. Auch diese vier Wochen gingen vorüber. Dann war der Verwaltungsdirektor krank. Weil beide Herren keine Vertreter hatten, die gewagt hätten, etwas zu entscheiden, blieb der Plan liegen. So kam es, daß auch in diesem Jahr 1500 Studenten je eine Stunde in unproduktiver Schlangesteherei auf die Rückerstattung ihrer Beiträge warten müssen, das sind 1500 Studentenstunden. Um diese Zeit verlängert sich also das Studium. Der unmittelbare volkswirtschaftliche Schaden, der entsteht: Nach einer Berechnung, die die Einkommenserwartung eines Abiturienten und eines Diplom-Ingenieurs zugrunde legt, ist die Studentenstunde im Durchschnitt 6,- DM wert. Der Gesamtschaden beläuft sich damit auf 9000 DM.

Das Sekretariat der TH hat es in diesem Jahr erstmals geschafft, so viele Vorlesungen gleichzeitig um 13.10 Uhr enden zu lassen, daß um diese Zeit täglich 1500 Studenten (dienstags mindestens 1800) auf die Mensa losgelassen werden. Die durchschnittliche Wartezeit ist deshalb zwischen 13.10 und 14 Uhr 20 Minuten, das heißt, hier werden täglich mindestens 500 Studentenstunden gewartet! Umgerechnet auf das Semester (100 Essenstage) macht das 50 000 Studentenstunden oder mehr als eine viertel Million Mark Gesamtschaden. Sprechen diese Zahlen für sich? Klaus Nothelfer

Wer kann das bezahlen . . .

Bis zu 250,- DM kann ein würdiger und bedürftiger Student monatlich durch die Förderung nach dem Honnefer Modell erhalten. Dieser Betrag hat sich als absolut unzureichend erwiesen. Der VDS verlangt eine Anhebung des Betrages auf 320,- DM. Bei diesem Förderungsbetrag nimmt der VDS eine monatliche Miete von 75,- DM an, das sind 23,4% des monatlichen Einkommens. Dieser Prozentsatz erscheint recht hoch, denn im allgemeinen wird bei Arbeitern und Angestellten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 500-600,- DM eine zumutbare Mietbelastung von ca. 20% angenommen. Dieser Wert gilt für eine dreiköpfige Familie. Bei gleicher Familienstärke aber geringerem Einkommen sinkt natürlich der zumutbare Prozentsatz. Von einem alleinstehenden Studenten mit einer Förderung nach dem Honnefer Modell können wohl 20%, allerhöchstens 25% als Miete gezahlt werden, das sind also 62,50 DM bei einer Förderung von 250,- DM. Die Mietpreise des Studentenwerks in seinen Wohnheimen in der Adelongstraße und der Heinrichstraße sehen vollkommen anders aus. In der Adelongstraße wird für ein etwa 16 qm großes Mansardenzimmer eine monatliche Miete von 104,- DM verlangt, in der Heinrichstraße für ein ca. 20 qm-Zimmer 150,- DM. Das ergibt ungefähr 7,50 DM pro qm. Im Bereich Darmstadt steht der Mietpreis im sozialen Wohnungsbau bei 2,82 DM pro qm. Allerdings erhält man dafür nur die nackten Räume ohne jedes Mobilar und ohne Nebenleistungen wie Strom, Heizung, Bettwäsche und Reinigung. Ein Teil der Studentenwohnheime wird jedenfalls wie der soziale Wohnungsbau vom Bund und von den Ländern subventioniert. Einen ungefähren Anhalt über die zulässige Höhe einer Miete im freien Wohnungsmarkt gibt ein Urteil des Landgerichtes Stuttgart. Wir zitieren aus diesem Urteil:

„ . . . Wie gerichtsbekannt ist, belaufen sich die Gestehungskosten für 1 qm Wohnfläche in Stuttgart zur Zeit noch auf ca. 1000,- DM. Bei einer Verzinsung von 5% (eine höhere Verzinsung ist angesichts der risikolosen Anlage des Kapitals nicht angemessen) könnte der Antragsteller demnach seiner Mietpreisberechnung für ein etwa 22 qm großes Zimmer einen Betrag von ca. 1100,- DM jährlich, das heißt ca. 92,- DM monatlich, zugrundelegen. Daß dieser Betrag im Hinblick auf die sonstigen Kosten des Antragstellers sich erhöht, verkennt die Kammer nicht.

Diese weiteren Kosten können aber niemals dazu führen, daß sich die Grundmiete um mehr als das Dreifache erhöht.“

Weiter sagt das Gericht: „Nach all dem hat der Antragsteller nicht glaubhaft gemacht, daß die Behauptungen der Antragsgegner, er verlange eine wucherische, das heißt überhöhte Miete, unrichtig ist.“ Zusammenfassend: „ . . . kann den Antragsgegnern nicht untersagt werden, die vom Antragsteller geforderte Miete als „wucherisch“ zu charakterisieren.“

In diesem Rechtsstreit ging es um vollkommen möblierte Apartementswohnungen. Das Gericht billigt also dem Vermieter einen Mindestpreis von 4,30 DM pro qm zu. In der Heinrichstraße und auch neuerdings in der Adelongstraße verlangt das Studentenwerk aber 7,50 DM pro qm. Nach dem Urteil des Landgerichtes Stuttgart

dürfte dieser Mietpreis noch nicht als wucherisch bezeichnet werden, aber er gibt zu denken.

Es handelt sich bei dem erst kürzlich bezogenen Studentenwohnheim Heinrichstraße um ein Gebäude, das schon 1952-53 erbaut wurde.

Das Studentenwerk begründet seine hohen Mietforderungen mit einer Hypothek und dem hohen Kaufpreis dieses Gebäudes. Diese Entschuldigung erscheint nicht allzu sinnvoll: Warum kauft das Studentenwerk ausgerechnet ein Gebäude mit einer so hohen Schuldenlast? Im Wohnheim in der Alexanderstraße - im Menglerbau - erhöhte das Studentenwerk nach der Übernahme dieses Hauses sofort die Mieten. Das Land Hessen kaufte dies Apartementhaus und stellte es dem Studentenwerk zur Verfügung. In diesem Fall verlangt das Studentenwerk also einen höheren Mietpreis als der Architekt Mengler, der das Haus baute und es privat vermietete.

An der Mietpreismisere im Wohnheim Adelongstraße trägt die Hochschulverwaltung - und auch das Hochschulbauamt - einen großen Teil der Schuld. Die Hochschulverwaltung verlangte - es ist lange her - vom Studentenwerk den Auszug der Studenten aus dem Heim in der Pankratiusstraße, da dieses Gebäude für Institute benötigt wurde. In aller Eile mußte sich das Studentenwerk nach einer neuen Behausung für die obdachlosen Studenten umsehen und stieß dabei auf das Gebäude in der Adelongstraße, das der in Vermieterkreisen wohlbekannten Familie Köhler gehört. Das Studentenwerk mußte zugreifen, der Mietpreis fiel entsprechend aus und hielt sich nur durch einen großen Zuschuß für die Studenten in ertraglichen Grenzen. (Inzwischen sind dort die Mieten für Neueinziehende gewaltig erhöht worden.) Das Merkwürdigste aber war, daß trotz aller vorangegangenen Eile das Haus in der Pankratiusstraße jahrelang leerstand, ehe der Umbau begann.

Danach hatte das Studentenwerk allerdings genügend Zeit, um sich nach einem neuen Heim umzusehen - und geriet ausgerechnet an das hypothekenbelastete Gebäude in der Heinrichstraße. Die Hochschulverwaltung denkt offensichtlich nicht an die Wohnungsnot der Darmstädter Studenten, denn im Gebiet Ruthsstraße-Arheilger Straße standen ganze Häuser bis zu 2 Jahren leer, ehe sie abgerissen wurden, um TH-Neubauten Platz zu machen. Soweit uns bekannt ist, kam es noch nicht einmal zu einer Diskussion darüber, hier für einen begrenzten Zeitraum Studenten einziehen zu lassen. Vor längerer Zeit verkündete einmal ein Professor in einer Vorlesung, das Studentenwerk werde neue Wohnheime bauen, um dadurch den erhitzten Wohnungsmarkt zu beruhigen und die Preise zu drücken. Wie sich inzwischen erwiesen hat, ein leeres Versprechen, denn das Studentenwerk ist munter dabei, zumindest in den Heimen Adelongstraße und Heinrichstraße mit seinen Mietpreisen an die Spitze vorzurücken. Ein schlechtes Vorbild verstärkt die Mietpreismisere noch mehr, denn wenn das Studentenwerk schon extrem hohe Mieten fordert, wird es sich kaum ein privater Vermieter entgehen lassen, seine Forderungen auf den neuesten Stand zu bringen.

Treffend formulierten es 2 Studenten, die ein Zimmer bewohnen: „Wenn wir in unserem Zimmer sitzen und dabei daran denken, daß wir 150,- DM dafür zahlen müssen, nehmen wir es dem Studentenwerk nicht mehr ab, daß es ein gemeinnütziges Unternehmen ist.“ bo

Vorrunde zur Hochschulmeisterschaft

In diesem Wintersemester trifft die TH Darmstadt in den Vorrundenspielen zu den Hochschulmeisterschaften der Mannschaftssportarten wie im Vorjahr auf folgende Gegner:

Uni Frankfurt, Uni Mainz, Uni Freiburg, Uni Saarbrücken, Uni Heidelberg und Wirtschaftshochschule Mannheim. Die erste Begegnung der TH Darmstadt im Fußball und im Basketball fiel wegen Platzschwierigkeiten der Uni Freiburg aus.

Hallenhandball

In der neuen TH-Sporthalle tragen viele Darmstädter Vereine ihre Hallen-Handballspiele aus. Dafür dürfen die beiden TH-Mannschaften in der Kreisklasse außer Konkurrenz mitspielen. Bei Redaktionsschluß lag die 1. Mannschaft auf dem ersten, die 2. auf einem guten Mittelplatz. Am 25. November fand in Darmstadt ein Vorrundenturnier zur Hochschulmeisterschaft statt. Teilnehmer waren neben der THD die Universitäten Frankfurt, Würzburg und Saarbrücken. Im Gegensatz zum Vorjahr konnte sich die Darmstädter Mannschaft mit dem 2. Platz für die Zwischenrunde qualifizieren. Die favorisierte Uni Saarbrücken kam nur auf den letzten Platz.

Die Spiele der TH Darmstadt:

THD-Saarbrücken	12: 7
THD-Würzburg	11: 7
THD-Frankfurt	6:14

Endstand der Tabelle:

1. Frankfurt	32:20	5:1
2. Darmstadt	29:28	4:2
3. Würzburg	33:34	2:4
4. Saarbrücken	28:28	1:5

Die erfolgreichsten Torschützen bei Darmstadt waren Beiderlinden (7) und Jank (6).

Fußball

In zwei Vorbereitungsspielen trafen die Fußballer auf den Meister TH Karlsruhe und auf Uni Würzburg. In Karlsruhe verloren sie erwartungsgemäß 1:3 (1:2), während sie über Würzburg knapp mit 6:5 (3:4) gewinnen konnten.

In ihrem ersten Gruppenspiel in Darmstadt hatten sie den Vizemeister Uni Heidelberg zu Gast. Bis zur Pause konnten die Darmstädter noch ein 0:0 halten, verloren aber schließlich mit 1:3 Toren. Den Gegentreffer zum 1:2 schoß Mann, nachdem kurz zuvor ein Heidelberger Deckungsspieler vom Platz gestellt worden war. Die Heidelberger überzeugten durch ihr direktes Abspiel und ihr gutes Stellungsspiel – eine Folge des konsequent angewandten WM-Systems. Die Darmstädter dagegen liefen ziemlich planlos hinter dem Ball her; die Stürmer

hielten den Ball oft so lange, bis sie sich in einer Ansammlung von Mit- und Gegenspielern befanden. Die Hintermannschaft war zudem nicht sehr schlagsicher. Den Heidelbergern waren die Darmstädter nur in einem gleichwertig: im Schimpfen auf den Schiedsrichter.

Weitere Meldungen

In einem Freundschaftsspiel gegen die Uni Marburg siegten die TH-Volleyballer in der „kleinen“ Halle mit 3:1. In der ersten Vorrundenbegegnung verloren die Tischtennisspieler gegen die Uni Heidelberg wie erwartet mit 0:9.

Auf der 2. Sitzung des Studentenparlaments wurde Jürgen Lehmann als Sportreferent für das nächste Jahr bestätigt. Der jetzige Sportreferent, Klaus-Dieter Walter, wird sein Amt weiter ausüben. Die Doppelbesetzung dieser Stelle wird wegen des großen Umfangs des Sportbetriebes an der THD nötig.

SCHACH

Ergebnisse von Freundschaftskämpfen

Um den Nachwuchs zu erproben, wurde in Freundschaftskämpfen nur eine kombinierte Vertretung nominiert. Trotzdem wurde in Darmstadt die starke Uni Würzburg (mit dem deutschen Jugendmeister Ostermeyer am 1. Brett) mit 4¹/₂ : 3¹/₂ bezwungen, während in Stuttgart die gastgebende TH mit 5 : 3 abgefertigt wurde.

4. TH-Einzelmeisterschaft

Aus einem Feld von 58 Teilnehmern qualifizierten sich für das augenblicklich laufende Finalturnier Lehmann, Groß, Weil, Pache, Bauer, Vötter, Gerhardt, Banas, Körber, Rakoczy, Eckhardt und Tary. Wegen Examensvorbereitungen nicht beteiligt sind diesmal Exmeister Schulz sowie Daum, Woite und Gilbricht.

5. Internationales ISK-Turnier

Das Akademische Auslandsamt führt in Verbindung mit dem ISK während des Wintersemesters das schon zur Tradition gewordene Schachturnier durch, das im wesentlichen dem Näherkommen zwischen ausländischen und deutschen Kommilitonen dient. Dr. Schick als Turnierleiter konnte bei Semesterbeginn wiederum Teilnehmer aus Griechenland, der Türkei, Frankreich, Israel, Ägypten, dem Iran und Indien begrüßen und erstmalig auch Vertreter aus Nepal und den USA. Nachdem der wertvolle Ausländerpreis zweimal in die Türkei und zweimal nach Ungarn ging, scheinen diesmal Griechenland und Frankreich die größten Siegesaussichten zu haben.

Kiebitz

Kästle - Kneissel - Head - Holzner - Hammer - Sohler - Salewa - Rummel - Gfäller - Rieker

Das Fachgeschäft mit der großen Auswahl führender Markenartikel für den Wintersport
Sämtliche Ski-Reparaturen und -Montagen in eigener Spezialwerkstatt
Vom Sportlehrer beraten - vom Fachmann bedient



Darmstadt
Ernst-Ludwig-Str. 11
Telefon
Nummer 7 01 94

Marker - Silvretta - Eckel - Geze - Dethleffs - Bogner - Lempert - Hermann

Anschläge – Deutsche Plakate als Dokumente der Zeit 1900 bis 1960. Verlag Langewiesche-Brandt, Ebenhausen, 1963, 122 Plakate, 16 S. Anhang, Buchausgabe DM 38,- (Loseblattausgabe in Kassette DM 44,-)

Plakate sollen werben, für materielle und geistige Produkte: Für Seifenpulver und Parteiprogramme. Plakate klären auf und vertuschen. Der Inhalt beruht auf Wahrheit, Vermutung und Lüge. Gerade dies macht Plakate, da sie ja jedermann zugänglich sind, da sie die Zeit, die Aktionen und Reaktionen der ‚Reizpersonen‘ mitbestimmen, zu den bedeutenden Zeugnissen der Zeitgeschichte. Plakate sind anders als andere Publikationen durch ihre Aussageform geeignet, einen unmittelbaren Eindruck von der ‚Atmosphäre des Augenblicks‘ zu geben. Solche Plakate können nach verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet und beurteilt werden. Die Wahl der Plakatechnik, des Papiers und der Schriftart ist von Bedeutung. Interessant ist der künstlerische Wert, der Stil der Darstellung: Jugendstil, NS-Stil, Moderne Graphik und der ‚bewährte‘ Stümperstil sind in dieser Plakatsammlung gleichermaßen vertreten. Die vorliegenden Plakate zeigen deutlich, daß die heute oft vertretene Forderung nach künstlerisch wertvollen Plakaten nicht unbedingt mit der Aufgabe eines Plakates in Einklang gebracht werden kann. Denn der Erfolg, die Aussagekraft derjenigen Plakate, die ‚stümperhaft‘ in Stil (und Technik) sind, steht außer Zweifel. Aus diesem Grund wurden sicher auch solche Plakate in die Sammlung aufgenommen.

Interessant und wichtig ist aber auch der Inhalt des Plakates (Text, Bild, Parole, Slogan). Deshalb verwundert es nicht, daß vorwiegend politische Plakate in der Sammlung enthalten sind: Öffentliche Bekanntmachungen, Hetz Pamphlete radikaler Parteien, Plakate mit Parolen wie „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“ und „Keine Experimente“. Alle Plakate sind in den Druck- und Papierfarben der Originale im Format 29,5x20 cm hergestellt! Das macht die Faksimile-Drucke wertvoll und rechtfertigt den relativ hohen Preis. Die Plakatsammlung ist nach sechs Zeiträumen gegliedert (1900–18, 1918–24, 1924–28, 1928–33, 1933–45, 1945–60). Angaben über Größe, Herstellungsort und -datum und Anmerkungen als ‚background‘ sind angefügt. Bei künstlerisch bemerkenswerten Plakaten werden die Graphiker genannt.

Es ist ein gediegenes Buch. Es ist ein wertvolles Dokument der Plakatkunst und der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Oskar Panizza:
Das Liebeskonzil und andere Schriften
Luchterhand-Verlag, Neuwied, 1964,
276 S., DM 19,80

Panizza wird wieder entdeckt. Kurt Tucholsky nannte ihn den „freschesten und kühnsten, den geistreichsten und revolutionärsten Propheten seines Landes“. Walter Mehring zählt ihn zu den „Hexenmärchenerzählern“ und „Sanatikern“. Fontane nannte Panizza's Buch „Das Liebeskonzil“ ein „sehr bedeutendes Buch“. Detlev von Liliencron formulierte knapp: „Kolossal! Nochmals: Geradezu kolossal!“. Dennoch ist Panizza vielen bis heute unbekannt geblieben.

Was gibt es Besonderes über diesen 1853 in Bad Kissingen Geborenen zu berichten? Er mußte ein abenteuerliches Leben führen, weil er seine Angriffe, Satiren und Haßgesänge gegen Papst, katholische Kirche, Kaiser und die Deutschen nicht unterlassen wollte. Seinem großen Vorbild Ullrich von Hutten gleich, führte er seinen Kampf.

Verbot seiner Bücher, Gefängnis, Flucht, Verfolgung, Vermögensbeschlagnahmung und schließlich Geisteskrankheit waren die Folgen dieses unerbittlichen Kampfes.

Das Buch enthält neben dem „Liebeskonzil“ und Dokumenten zum Prozeß in Sachen „Liebeskonzil“ vor dem königl. Landesgericht München vier Erzählungen, das Tagebuch aus dem Gefängnis in Amberg, drei „Dialoge im Geiste Huttens“ und die Gedichte „Parisiana“. Das ausgezeichnete Nachwort von Dr. Hans Prescher und die sehr umfangreiche Bibliographie (Buchveröffentlichungen, Beiträge zu Zeitschriften, Veröffentlichungen über Panizza) müssen besonders erwähnt werden.

Die bisherigen, provozierenden Panizza-Texte sind mehr als üble Pamphlete: Die angeführten Fakten zeigen, daß die Kritik ihre berechtigten Ursachen hat. Ob Form und Stil der Kritik Panizzas seinem Anliegen angemessen sind, darüber allerdings läßt sich streiten.

John Willett:
Das Theater Bertolt Brecht,
Rowohlt-Verlag, 1964,
Paperback, Bd. 32, 272 S., 16 S. Fotos, DM 12,80.

Diese Betrachtung über das Theater Bertolt Brecht erschien erstmals im Jahre 1959 in englischer Sprache. Es war für ein Publikum geschrieben, „das damals verhältnismäßig wenig über Brecht wußte“ und als ‚Plan-skizze‘ gedacht, „bevor ernsthafte Studien und Dissertationen über Brecht an den Universitäten begannen“. Die Arbeiten zu diesem Buch begannen erst 1956. Es enthält Kapitel über Stoff, Sprache, theatergeschichtliche

Zu der Problematik der Werke Brechts bemerkt Willett u. a.: „Und ganz sicher besteht ein charakteristisches Merkmal eines großen Dichters darin, daß alle Leser, so uneinig sie in anderen Fragen sein mögen, etwas von dem in ihm finden, was sie wünschen“ (S. 250). Was hätte wohl Brecht zu dieser Formulierung gesagt!

Die Hinweise einiger Brechtkenner auf die fehlerhafte und lückenhafte Veröffentlichung der Werke Brechts werden mit dem Hinweis erledigt: „Wichtig ist nicht der Publikationsort, sondern das Datum und Brechts jeweilige Meinung über das betreffende Stück“ (S. 250). Soweit gut. Woher soll aber der Leser die richtigen Informationen nehmen, wenn Willett z. B. beim Einakter „Hochzeit“ in Klammern später „Kleinbürgerhochzeit“ vermerkt, obwohl erst 1961, also 5 Jahre nach dem Tode Brechts, der Titel ‚Kleinbürgerhochzeit‘ auftauchte.

Aufschlußreich ist auch das Kapitel „Politik“. Willett stellt fest: der 17. Juni „wurde von der Bundesrepublik als ein Arbeiteraufstand gegen ein diktatorisches, von einer fremden Macht unterstütztes Regime dargestellt. Er hatte sicherlich als eine echte und berechtigte Demonstration begonnen, aber Brechts Sorge war, daß er zum Krieg führen könne“ (S. 183). Das Gedicht „Die Lösung“, das seit 1953 Brecht zugeschrieben wurde — allerdings erst 1964 in der Sammlung „Bukower Elegien und andere Gedichte“ offiziell als von Brecht stammend bezeichnet wird, scheint Willett unbekannt zu sein.

Die gewisse Distanz aus der Willett Brecht sieht, soll „dem deutschen Leser ein objektives Bild Brechts vermitteln“, kann man im Klappentext lesen. Dies gelingt nach Ansicht des Rezensenten nicht ganz. Das Buch zeigt vielmehr, daß eine Beurteilung des Werkes und der Person Brecht eine gute Kenntnis der literarischen und politischen Begleitumstände voraussetzt. Es muß dabei Willett zu Gute gehalten werden, daß er — anders als sein Landsmann Martin Esslin — die deutsche Sprache nicht voll beherrscht.

HALLOO-WACH macht munter

Einflüsse, Musik, Theaterpraxis, Theorie und Politik, sowie ein Kapitel „Brecht in England“. Prosa und Lyrik werden — dem Titel entsprechend — nicht behandelt. Es folgt eine Bibliographie, die mit der von Esslin (vgl. dds Nr. 65) nicht konkurrieren kann. Namensregister, eine Zusammenfassung der erwähnten Bühnenwerke und ein Sachregister folgen. Für die deutsche Auflage wurden (einige) Angaben über Aufführungen und Veröffentlichungen hinzugefügt. Der wesentliche Unterschied zwischen der englischen und der deutschen Ausgabe liegt nach Willett bei den Illustrationen.

„Das endgültige Manuskript wurde dann von Frau Weigel und -Frau Hauptmann (beide Ost-Berlin, d. Red.) gelesen, wie auch von Herrn Dr. Unselde vom Suhrkamp-Verlag, die keine Veränderungsvorschläge machten“ (S.253). Dies besagt aber nur, daß kritische Bemerkungen zur Art der Veröffentlichung der Werke Brechts von vornherein fehlten. Auch der Übersetzer Dr. Ernst Schumacher („Dramatische Versuche Bertolt Brechts 1918–1933“) ändert daran wohl nichts wesentlich.

Trotz allem wird das Buch als Einführung in das dramatische Werk Brechts seine Leser finden.

Hans Magnus Enzensberger:
Politik und Verbrechen.
Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M., 1964,
398 S., Ln., DM 19,80

Keine wissenschaftliche Abhandlung wird dem Leser dargeboten: das Buch enthält sechs Essays über Ereignisse, die die Welt bewegten. Das ‚Bildnis eines Landesvaters‘ zeigt das Leben und die Praktiken des Diktators Rafael Trujillo. Die roaring twenties in Chicago und die Herrschaft des Al Capone, die besonderen Sitten der Unterwelt in Süditalien, der Tod der Wilma Montesi, der Italien zu einer Staatskrise führte und die Hinrichtung des amerikanischen GI's Edward D. Slovik wegen Fahnenflucht im Jahre 1944 werden behandelt. Das abschließende Kapitel „Die Träume des Absoluten“ („Traktat einer Bombe“ und „Die schönen Seelen des Terrors“) schildert die Naivität der

Darmstädter Bücherstube Marianne d'Hooghe · Friedensplatz 4 · am Schloß

Seit mehr als 25 Jahren ein literarisches Informationszentrum

In unserer Taschenbuch-Abteilung im 1. Stock finden Sie eine Auswahl von
einigen Tausend deutschen, französischen und englisch-amerikanischen Büchern

russischen Anarchisten vor der Oktoberrevolution. Eine Einleitung und eine Betrachtung „Zur Theorie des Verrats“ umschließen diese Kapitel. Ein Teil der Abhandlungen sind dem Leser schon durch Rundfunksendungen bekannt.

Es ist ein interessantes, oft geradezu spannendes Buch. Es lohnt sich, dieses Buch zu lesen. la

John Rock:
Geburtenkontrolle. Vorschläge eines katholischen Arztes.
Walter-Verlag, Olten/Freiburg i. Br. 1964,
212 S., kart., DM 9,80

Professor Rock nimmt in diesem Buch als Wissenschaftler und katholischer Theologe Stellung zu einem zentralen Problem der menschlichen Entwicklung. Er geht auf die politischen, medizinischen und theologischen Aspekte dieses Problems ein. Für alle Bereiche gibt er konkrete Lösungsvorschläge an. Das Ergebnis seines Werkes ist ein Weg, der endlich aus dem Streit über die Geburtenkontrolle hinausführen kann.

Prof. Kogon schreibt in der Einleitung: „Das Buch scheint mir in diesem Sinn auf einem der wichtigsten Verbindungsgebiete von Welt und Kirche, Wissen und Glauben, Norm und Notwendigkeit ein klarer, wertvoller, auch, wie die Verhältnisse noch sind, kühner Beitrag zu sein.“ lz

Georg Picht:
Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation.
Walter-Verlag, Olten/Freiburg i. Br. 1964,
247 S., kart., DM 9,80

Picht setzte mit seiner aufsehenerregenden Artikelserie in „Christ und Welt“ einen Meilenstein auf dem Weg der BRD zu einer

besseren Bildungspolitik. Diese Artikelserie ist als Einleitung in dem Buch enthalten. Neben der Analyse, die sich auf bereits bekannte Ergebnisse stützt, stellt Picht ein Notstandsprogramm zur Diskussion, verbunden mit einer Untersuchung, wer an der Bildungsmisere Schuld hat. Im zweiten Teil bringt Picht eine Dokumentation zum derzeitigen Stand der Bildungspolitik. Manche Stellungnahmen — so die des Philologenverbandes — berühren so peinlich, daß man erkennen muß, wie weit wir noch von einer qualifizierten Diskussion dieses — für die Zukunft zweifellos entscheidenden Problems entfernt sind. Jeder, der noch keiner Bildungslethargie verfallen ist, sollte Pichts Buch zumindest lesen. lz

Paul Flora:
„Ach du liebe Zeit“ Band 2
Diogenes Verlag, Zürich, 1964,
ca. 120 S., DM 12,80

Dem interessierten und informierten Leser etwas über Paul Flora zu erzählen, hieße Eulen nach Athen tragen. Bekannt durch seine nie verletzenden, jedoch alles sagenden gezeichneten Kommentare zu politischen Geschehen, ruft er neben befreiendem Lachen vorwiegend nachdenkliches Schmunzeln hervor.

Hier nun liegt, ausgewählt und kommentiert vom Künstler selbst eine Sammlung von etwa 170 Zeichnungen vor, deren Wert insbesondere durch die hervorragenden Erklärungen über den zeitlich verhafteter Karikaturen weit hinausgeht. Andererseits gewinnt das Buch durch seine Aktualität; die abgedruckten Werke stammen aus der Zeit von 1962 (Kuba-Krise) bis Sommer 1964.

Freunden Floras und Lesern der „Zeit“, die Karikaturen zu sammeln oder wiederzufinden wünschen, sowie allen Liebhabern echten Humors kann dies Buch sehr empfohlen werden. sz

Marcelle Auclair:
Das tödliche Schweigen. Eine Umfrage über die Abtreibung.
Walter-Verlag, Olten/Freiburg i. Br. 1964,
Paperbacks, 128 S., DM 9,80

Marcelle Auclair ist vielen noch bekannt als Verfasserin des Buches „Das Leben der Heiligen Teresa von Avila“. In dem vorliegenden Werk findet man eine Auswahl aus rund 600 Zuschriften auf eine Umfrage der Autorin in einer Zeitschrift. Die einzelnen Briefe — auf Wunsch der Autorin anonym — sind erschütternd. Die sich hier offenbarende Tragik darf von den Verantwortlichen in Staat und Kirche nicht ungehört bleiben; besonders gilt dies für eine Partei, die „christlich“ in ihrem Namen führt. Die einzige Antwort die das Buch zuläßt — das vor allem auch jungen Menschen dringend empfohlen werden muß — ist ein entscheidendes Umdenken bei der Strafrechtsreform in der Bundesrepublik, und das nicht erst morgen, sondern eigentlich schon vorgestern. lz

Alternative-Verlag, Berlin:

„alternative“ (Okt. 64): Zwei deutsche Literaturen? Beiträge aus Ost und West; als Beilage „dokumente 1“; Leningrader Schriftsteller-Colloquium „Der zeitgenössische Roman“; insg. 90 S., DM 4,—.

Im Dezember und Januar erscheinen:

Rowohlt-Verlag, Reinbek:
John Kenneth Salbraith: Tabus in Wirtschaft und Politik der USA (rde 213)
Vilhelm Grönbeck: Hella: Griechische Geistesgeschichte I (rde 215/216)
Ernst Haeckel, dargestellt von Johannes Hemleben (rm 99)
Uwe Schultz: Immanuel Kant (rm 101)
rde je DM 2,80 (Doppelband DM 4,80)
rowohlt monographien je DM 2,80

D E M M I G - B Ü C H E R

Vom Zählen b. z. Gleichg. 1. Grades	DM 7,80	Arithmetik und Algebra	DM 5,—
Von Proportionen b. z. Gleichg. 2. Grades	DM 9,60	Differentialrechnung	DM 11,50
Vom Punkt bis zum Kreis	DM 6,50	Integralrechnung	DM 5,80
Von Koordinaten b. z. Funktionsgleichungen	DM 8,50	Differentialgleichungen	DM 4,30
Gleichungen der Geraden	DM 6,50	Statik starrer Körper	DM 11,50
Gleichungen von Kreis, Ellipse, Hyperbel und Parabel	DM 8,50	Festigkeitslehre	DM 11,50
		Dynamik des Massenpunktes	DM 6,—
		Dynamik des Massenkörpers	DM 4,—
		Einf. i.d. Vektorenrechnung	DM 2,50

vermitteln grundlegende Kenntnisse in leicht faßlicher, prägnanter Darstellungsart, Prospekt D kostenlos bitte anfordern. — Demmig-Bücher sind zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Demmig-Verlag Kom.-Ges., 61 Darmstadt-Eberstadt

JUGOSLAWIEN

Die jugoslawischen Studenten beklagen sich über die ständig steigenden Lebenshaltungskosten. Ein Student in Zagreb z. B. gibt monatlich mindestens 21.300 Dinar aus. Ein Stipendium — durchschnittlich 12 000 Dinar — erhalten etwa 20% der Studierenden. Für etwa 30% der Studenten wird ein Kindergeld gezahlt, jedoch nur für 10% sowohl Stipendium als auch Kindergeld. Etwa 3,1% haben

eine Beschäftigung, die ihnen durchschnittlich 30 000 Dinar monatlich einbringt, 6% erhalten einen monatlichen Kredit von 12 000 Dinar. Zur Hebung des studentischen Lebensstandards sind in diesem Jahr 135 Millionen Dinar bereitgestellt worden, die bedürftigen und begabten Studenten zugute kommen. Studentenspiegel

INDIEN

Ein privates „Peace Corps“ wird in Indien mit der Unterstützung von Stiftungen, der Industrie und von Wohlfahrtsorganisationen aufgebaut. Ende dieses Jahres sollen etwa 20 bis 30 Freiwillige in den indischen Provinzen Maharashtra und Gujarat eingesetzt werden. Die Freiwilligen werden überwie-

gend aus Universitäten und kulturellen Institutionen kommen. Für zwei Jahre sollen sie als Ingenieure, Ärzte, technische und landwirtschaftliche Lehrer arbeiten. Die Ausbildungszeit wird zunächst drei Monate betragen. „ew“

CHINA

Millionen von chinesischen Studenten haben die letzten Sommerwochen damit verbracht, sich auf eine Reihe neuer Tests über ihre politische Zuverlässigkeit vorzubereiten, die sie ablegen müssen, bevor sie sich für einen Platz an den überfüllten Universitäten qualifizieren können. Der Text, mit dem sie sich

beschäftigen, wurde von Pekings Erziehungsministerium herausgegeben und trägt den Titel „Vorschriften für die Zulassung zu einer Hochschule“. In dem Dokument wird eine gründliche Überprüfung des politischen Denkens aller Universitätsaspiranten gefordert. Studentenspiegel

SCHWEDEN

Im Auftrag der Universität Uppsala hat eine Arbeitsgruppe Vorschläge für Möglichkeiten der Berufsausbildung an der Universität ausgearbeitet. Danach sollte es an der Universität Ausbildungskurse geben, die den Studenten auf bestimmte Berufe vorbereiten. Nach dem Besuch eines solchen einsemestrigen Kurses soll der Teilnehmer einen „praktischen“ Schein erhalten; zusammen mit weiteren fünf theoretischen Scheinen ist er zum

Examen berechtigt. Nach Ansicht der Arbeitsgruppe sollte an jeder Universität und Hochschule eine „Berufsabteilung“ eingerichtet werden, die denselben Rang hat wie eine Fakultät. Ihre Aufgabe bestünde darin, eine Verbindung zwischen den Universitäten und der Gesellschaft durch Berufsberatung, Ausbildungsplanung und Arbeitsbewertung herzustellen. Studentenspiegel

HOLLAND

Die neugegründete Technische Hochschule Twente in Enschede ist am 14. September von Königin Juliana der Niederlande eröffnet worden. Auf einem Gebiet von 150 Hektar in parkähnlicher Landschaft entstand eine Hochschule mit drei Fakultäten: Elektrotechnik, Maschinenbau und Chemische Technologie. Sie soll eines Tages 2000 Stu-

denten aufnehmen. Der Unterricht beginnt mit 20 Professoren und 235 Studenten. Zum erstenmal in Kontinentaleuropa wurde das Campus-System verwirklicht. Alle Studenten müssen auf dem Campus wohnen. Für ihre sportliche Freizeitgestaltung ist gesorgt. Studentenspiegel

KANADA

Ein internationales Studentenzentrum soll noch vor 1967 in Montreal errichtet werden. Dem Planungskomitee der Internationalen Studentenvereinigung der Mc Gill University schwebt ein Bau nach dem Muster der bereits in Toronto, New York, Chicago, Berke-

ley und zahlreichen anderen Städten bestehenden Zentren vor. Durch einen Informationsfeldzug für die Ziele des Internationalen Studentenzentrums sollen Geschäftsleute und Akademiker zur Finanzierung herangezogen werden. Studentenspiegel

Für die Förderung der Lehre und Forschung an der Technischen Universität Berlin hat die Fordstiftung etwa zwei Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln soll eine engere Zusammenarbeit zwischen dem technologischen Institut von Massachusetts und der Berliner Universität eingeleitet werden. Bis zu 25% der Professoren der Berliner Hochschule haben die Möglichkeit, ein Jahr lang an dem Institut in Massachusetts zu lehren und zu forschen, während Professoren des amerikanischen Instituts an der Technischen Universität in Berlin als Berater für Forschungsvorhaben tätig sein werden.

Studentenspiegel

**Fordstiftung fördert
die TU Berlin**

Der erste Bauabschnitt einer Studenten-Wohnheim-Siedlung in Münster ist kürzlich fertiggestellt worden. Er umfaßt das Verwaltungsgebäude, ein Wohnhaus für 120 Studenten und ein Wohnhaus für 120 Studentinnen. Im zweiten und dritten Bauabschnitt entstehen drei weitere Wohnheime, die ebenfalls je 120 Studierende aufnehmen werden. Mit der Fertigstellung dieser drei Häuser wird zum Sommersemester 1965 bzw. Ende 1965 gerechnet.

Studentenspiegel

**Studenten-Wohnheime
in Münster**

Die Vereinigung für innerdeutsche Begegnung (VIB), die im Juli dieses Jahres in Berlin gegründet wurde, um Studenten und Hochschulgruppen Möglichkeiten der Begegnung mit Studenten aus Ostdeutschland zu geben, hat inzwischen ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Vereinigung hat Vertreter nach Ostberlin entsandt, um die nötigen Gespräche zu führen, nachdem Ostberliner Stellen die Aufnahme von Kontakten auf privater Ebene verweigert hatten. Mehrere westdeutsche Studentenvereinigungen und Verbände haben die Gründung nicht unterstützt und sich von dem Weg distanziert, den sie eingeschlagen hat.

Studentenspiegel

**Vereinigung für
innerdeutsche Begegnung
nimmt die Arbeit auf**

Vom 1. bis 8. November fand das erste gemeinsame Seminar im Rahmen eines Austauschprogrammes zwischen dem Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) und dem tschechischen Nationalverband CSM statt.

24 deutsche und tschechische Studenten trafen sich im UNESCO-Institut der Jugend in Gauting bei München. Diese Tagung unter dem Thema „Die Rolle des Studenten in der modernen Gesellschaft“ sollte in erster Linie dem Kennenlernen und der gegenseitigen Information dienen. Die Besprechungen der ersten beiden Tage konzentrierten sich vor allem auf bildungs- und gesellschaftspolitische Probleme in den beiden Ländern und der Einflußmöglichkeit der Studenten auf die Bildungspolitik. Die Tagungsteilnehmer sind sich darüber einig, daß die umfangreichen Diskussionen ein weiteres Seminar erfordern. Es wird im Frühjahr 1965 in Prag stattfinden.

VDS-info

**Seminar mit tschechischen
Studenten**

15 Jahre besteht der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Über 200 Millionen Mark hat er der deutschen Wissenschaft seit seiner Gründung zur Verfügung stellen können. 1949 war es eine Million, 1963 waren es 31 Millionen, die innerhalb eines Jahres der Wissenschaft zuflossen. Demgegenüber stehen aber benötigte Beträge von jährlich etwa 300 bis 400 Millionen Mark. Der größte Teil der aufgebrauchten Spenden, die unter dem Motto des Verbandes „maecenates voco“ eingekommen sind, fließen der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu.

„ew“

15 Jahre Stifterverband

Am 25. November 1964 fand in Darmstadt die Gründungsversammlung eines Ortskomitees des WUS (World University Service) statt. Es erschienen etwa 60 Studenten, davon ungefähr 60% Ausländer, sowie Vertreter des Vorstandes des Darmstädter Studentenwerkes, Herr Prof. Schmieden, und der Generalsekretär des deutschen WUS-Komitees, Herr Breier. Eine erste Mitgliederversammlung wurde für Anfang Dezember einberufen.

**Ortskomitee des
WUS in Darmstadt**



Einem „on dit“ zufolge . . .

... wurde von einem alleinstehenden Herrn beim Studentischen Schnelldienst ein weiblicher Weihnachtsmann angefordert.

... erwägt man, die Mensa dauernd abzudunkeln, um den Studenten den Anblick des Essens zu ersparen.

... probt Prof. Marguerre bereits jetzt für das Eröffnungskonzert des Großen Hauses (Moller-Bau).

... übernimmt das Studentenwerk das Gefängnis in der Rundeturmstraße und vermietet die Zellen als Studentenbuden.

... wurde Prof. Georg Grohe auf den neu errichteten Lehrstuhl für Trinkwasserversorgung der THD berufen.

... wird im Zuge der Rationalisierung der Deutschen Bundesbahn die Gleisstrecke an der Holzbrücke stillgelegt.

... ist die Hölle ein Ort, wo die Köche Engländer, die Mechaniker Araber, die Polizisten Deutsche und die Liebhaber Amerikaner sind.

... gibt es nur deswegen auf dem Hochschulgelände keine Parkuhren, weil man den Honnef-Empfängern nicht noch den letzten Groschen aus der Tasche ziehen will.

... hat man zwar die Fahrradständer bei der Planung der neuen Sporthalle vergessen, freut sich aber jetzt über das gesparte Geld, weil die letzten Radlerindividualisten doch am Aussterben sind.

... stehen manche Studenten nur so früh auf, weil sie zu müde sind, den Wecker auszuschalten.

Programme

STUDENTENREISEN

„Studentenreisen“ veranstaltet, wie schon in der letzten Ausgabe berichtet wurde, wieder Skifahrten.

Die Fahrten zur Heilbronner Hütte und zur Krummholzhütte waren bald nach Bekanntwerden ausgebucht und jetzt sind nur noch wenige Plätze in den Orten Haus und Schladming frei.

Außerdem ist die Fahrt am 28. 2. 1965 zur Krummholzhütte schon fast ausgebucht.

Die nächsten Termine im Frühjahr sind am 26. 2. 1965 nach Haus, am 12. 3. 1965 noch einmal zur Krummholzhütte und am 20. 3. 1965 auf die Heilbronner Hütte.

Wir empfehlen Ihnen auch diesmal wieder sich so bald wie möglich anzumelden.

Ausführliche Prospekte, Auskunft, Anmeldung von Montag bis Freitag 11 bis 13 Uhr und von 14 bis 15 Uhr im Hauptgebäude der THD, Raum 24, Telefon 85 27 18.

STUDENTISCHER FILMKREIS

- 16. 12. 1964 Samstagnacht bis Sonntagmorgen
Kurzfilm: Eine Handvoll Frieden
- 13. 1. 1965 L'Avventura
Kurzfilm: Jannin the Blues
- 20. 1. 1965 Transport aus dem Paradies
Kurzfilm: O' Dreamland
- 27. 1. 1965 Der Schrei
Kurzfilm: Algier Report
- 3. 2. 1965 Fastnacht: Harald Lloyd – Selten so gelacht
Kurzfilm: Rooty Toot Toot
- 10. 2. 1965 Mr. Deeds Goes to Town
Kurzfilm: Max Linder – Jouer le Drame

(Änderungen vorbehalten)

Die Veranstaltungen finden mittwochs 14, 18.30 und 21 Uhr im WILHELM-KÖHLER-SAAL im Hauptgebäude der Technischen Hochschule statt.

Im VDE

Verband Deutscher Elektrotechniker

finden Studierende der Fakultät Elektrotechnik schon während ihrer Studienzeit durch

Vorträge - Exkursionen - Besichtigungen - gesellschaftliche Veranstaltungen

Kontakt zu den Elektrotechnikern aus Forschung und Praxis aller Fachgebiete.

Beachten Sie, bitte, die Anschläge im Uhrturm, im Nachrichtentechnischen Institut im Starkstromtechn. Institut.

VDE

Verband Deutscher Elektrotechniker
Bezirksverein Frankfurt am Main

Im ETV

Elektrotechnischer Verein an der THD

ETV

Elektrotechnischer Verein
an der Technischen Hochschule Darmstadt

Speise-Restaurant
Zum Rummel-Stern

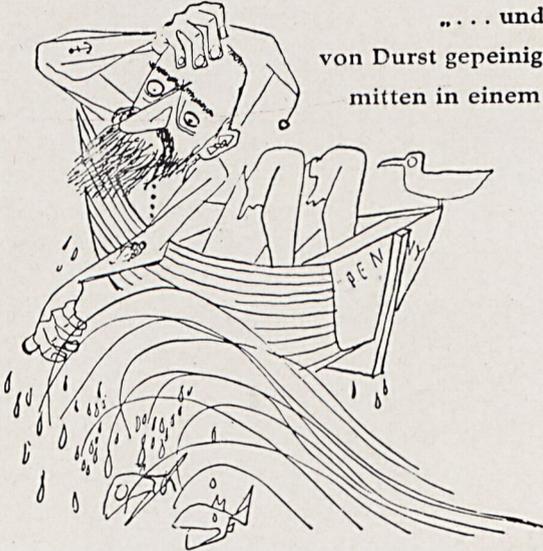
Inh. *Charlotte* Tschöpe
Lauteschlägerstr., Ecke Mauerstr.



Bei Sportveranstaltungen jederzeit
Fernsehübertragungen 1. u. 2. Programm
Spielzimmer
Reichhaltige Speisekarte
zu niedrigen Preisen

Homer berichtet in der Odyssee:

„... und war
von Durst gepeinigt,
mitten in einem Meer.“



8023 E

Homer kannte eben „Coca-Cola“ noch nicht
Heute braucht keiner mehr Durst zu leiden.
Sprudelndes „Coca-Cola“ bekommen Sie überall,
schon an der nächsten Ecke.

Mach mal Pause ..



„Coca-Cola“ ist das Warenzeichen für
das unnachahmliche koffeinhaltige
Erfrischungsgetränk der Coca-Cola G.m.b.H.



Koffeinhaltig, köstlich, erfrischend

Alleinabfüllung und Vertrieb von „Coca-Cola“
für die Kreise Darmstadt, Groß-Gerau und Dieburg

Getränke-Industrie Darmstadt

Darmstadt, Holzhofallee 19/21 · Ruf 70100

Gaststätte

»Hühnerhof«

61 DARMSTADT
Rheinstr. 12 · Tel. 73560

**Original
Scotch-Club**

Knusprige Hendl
zum Mitnehmen DM 3.75



Bes. W. Paulus

Das gepflegte Haus

Restaurant - Café - Terrasse - moderne
Gesellschaftsräume für Veranstaltungen
aller Art - franz. Billard - ADAC - Parkplatz

DARMSTADT - EBERSTADT

Mühlstraße 35 Telefon 7 94 60

Die Bockshaut

ALT-DARMSTÄDTER SPEISERESTAURANT · HOTEL

Verbindungslokal - Großer Saal - Konferenz- u. Fremdenzimmer
KIRCHSTRASSE 7 - RUF 7 45 58

Pschorrbräu München u. Michelsbräu Babenhausen im Faßausschank

Peter Bissport

Gaststätte „ADVOKAT“

DARMSTADT

Frankfurter Str. 2 - Tel. 75918

Für Speisen
und Getränke
ist bestens gesorgt

Bayerischer Hof

Seit 1895

Preiswerte Speisen, Gepflegte Getränke
Selbstgekelterter Apfelwein

Karl Stein

Alexanderstraße



DRESDNER BANK
AKTIENGESELLSCHAFT

FILIALE DARMSTADT

Rheinstraße 14

Telefon 740 61

Über 100 Jahre Hausbank der Darmstädter

